

## Kirchliche Frauenarbeit in Westfalen

Ein Beitrag zur Geschichte des Provinzialverbandes  
der Westfälischen Frauenhilfe 1906–1945

Von Jochen-Christoph Kaiser, Dülmen

1981 begeht die Evangelische Frauenhilfe von Westfalen<sup>1</sup> ihr 75. Jahresfest; dieses Ereignis war Anlaß für den folgenden Versuch, die Verbandsgeschichte seit 1906 in Umrissen nachzuzeichnen<sup>2</sup>.

Zum Thema ‚Kirchliche Frauenarbeit im 19. und 20. Jahrhundert‘ steht wissenschaftlich ergiebige Sekundärliteratur nicht zur Verfügung, wie denn der Verbandsprotestantismus das Interesse der Neueren (Kirchen-) Geschichte bislang kaum gefunden hat. Die hier nicht weiter zu erörternden Ursachen sind nicht in der Quellenlage zu suchen, die im ganzen gut ist und nur in Teilbereichen durch Kriegsfolgen beeinträchtigt wurde<sup>3</sup>. Auch die Entwicklung der Westfälischen Frauenhilfe (WFH) spiegelt eine solide Materialbasis wider. Bis 1932 sind die Westfalica betreffenden Artikel der preußischen Verbandszeitschrift *Frauenhilfe* und die überlieferten gedruckten Jahresberichte und Kleinbroschüren aus den einzelnen Arbeitsbereichen von Bedeutung. Allerdings waren die Jahrgänge der Provinzialausgabe des *Boten* nicht benutzbar<sup>4</sup>, was um so bedauerlicher ist, als dieses populär gehaltene Massenblatt für die Mitglieder seit 1933 die Mitteilungen der WFH enthält, während die Potsdamer *Frauenhilfe* zunehmend als Informationsorgan der Leitungen fungierte. Dafür haben sich eine Reihe von Aktenbänden erhalten, die sich heute als Depositum im Landeskirchenarchiv in Bielefeld befinden und wertvolle Einblicke etwa in die Rolle der WFH im Kirchenkampf ermöglichen<sup>5</sup>. – Ein anderes Problem ergibt

<sup>1</sup> Am 12. 10. 1967 beschloß die Mitgliederversammlung der Westfälischen Frauenhilfe e. V., den Namen des Vereins in ‚Ev. Frauenhilfe von Westfalen e. V.‘ umzuändern; *Amtsgericht Soest*, Registergericht VR 341, Bl. 81.

<sup>2</sup> Vgl. die verdienstliche Quellensammlung des rheinischen Frauenhilfspfarrers Fritz Mybes, *Geschichte der Evangelischen Frauenhilfe in Quellen unter besonderer Berücksichtigung der Evangelischen Frauenhilfe im Rheinland*, Gladbeck 1975 und den Ergänzungsband des gleichen Vf. *Geschichte der Evangelischen Frauenhilfe in Bildern*, Gladbeck 1975. – Es bleibt zu hoffen, daß die Geschichte der Westfälischen Frauenhilfe einmal Gegenstand einer ausführlichen Untersuchung wird; der folgende Beitrag möchte dazu anregen.

<sup>3</sup> So ging das große Archiv des ehemaligen Reichsverbands der Ev. Frauenhilfe nach dem Zusammenbruch 1945 verloren; Mitteilung der Zentrale der Ev. Frauenhilfe (der DDR) in Potsdam vom 12. 3. 1980 an den Vf.

<sup>4</sup> Nachforschungen über den Fernleihverkehr ergaben, daß sich ein Ex. in der Deutschen Staatsbibliothek in Ostberlin befindet, das jedoch nicht verleihbar ist und vom Vf. nicht eingesehen werden konnte.

<sup>5</sup> *Landeskirchliches Archiv Bielefeld (LKABi)*, Best. 13,1 Nr. 20. Der Vf. ist dem Archiv und

sich aus der Tatsache, daß die WFH Teil eines preußischen, später gesamtdeutschen Verbandes gewesen ist; die Schilderung der historischen Geschehnisse greift deshalb gelegentlich über die Provinz hinaus und bezieht wichtige Entscheidungen der Potsdamer Zentrale mit ein.

Der nachstehende Abriss gliedert sich in zwei Hauptteile: Werden in den ersten drei Kapiteln Gründung, Konsolidierung und Wachstum beschrieben<sup>6</sup>, so ist ein letzter, gleich umfangreicher Abschnitt der Zeit des Dritten Reiches gewidmet. Diese Konzeption erscheint vertretbar, weil die stürmischen Jahre nach 1933 in den vorliegenden Selbstdarstellungen der WFH kaum gewürdigt werden<sup>7</sup>, während die ersten 25 Jahre – aus der Sicht der Betroffenen – besser dokumentiert sind<sup>8</sup>.

## I.

Die „Frauenhülfe des Evangelisch-Kirchlichen Hilfsvereins“, wie sie sich offiziell nannte, konstituierte sich in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts auf Anregung der Kaiserin Auguste-Viktoria. Diese war bereits als Protektorin der überkonfessionellen Vaterländischen Frauenvereine, einer sich von der zeitgenössischen Frauenbewegung ausdrücklich distanzierenden Sammlung von sozial engagierten, jedoch keine politisch-emanzipatorischen Forderungen erhebenden Frauen mittlerer und oberer Gesellschaftsschichten, hervorgetreten. Die ‚Frauenfrage‘ gehörte zu den viel diskutierten Themen der Zeit, der auch die Kirchen ihren Tribut zollten<sup>9</sup>. In dem Maße, wie die Entkirchlichung in den Massengemeinden der großen Städte zunahm und Berufsdiakonie wie eigens dazu ins Leben gerufene Stadtmissionen<sup>10</sup> sich weder personell noch von dem Ansatz ihrer

dem westf. Frauenhilfspfarrer Albert Stutte/Soest für die Benutzungserlaubnis zu Dank verpflichtet.

<sup>6</sup> Mybes, Bd. I, schlägt für die Geschichte des Gesamtverbandes folgendes Periodisierungsschema vor: „Die Zeit der Anfänge (1887–1899)“, „Die Zeit schnellen Wachstums (1900–1913)“, „Die Zeit der Wandlungen (1914–1932)“, „Die Zeit der Entscheidungen (1933–1945)“, „Die Zeit neuer Anfänge (seit 1945)“; ebd. 226f.

<sup>7</sup> Vgl. *Durch Gottes Güte. 50 Jahre Evangelische Frauenhilfe*, Gladbeck 1949; ferner *Gebt unserm Gott die Ehre. Zum 50jährigen Jubiläum der Westfälischen Frauenhilfe* o. O. u. o. J. [1956] und *Predigt, Vorträge, Ansprachen bei der 50-Jahrfeier der Westfälischen Frauenhilfe am 6. und 7. 6. 1956 in Dortmund*, o. O. u. o. J. [1956].

<sup>8</sup> Z. B.: *Frauendienst in der evangelischen Kirche. Festbuch zum 25jährigen Jubiläum der Westfälischen Frauenhilfe*, Soest 1931.

<sup>9</sup> Aus der Fülle der zeitgenössischen Literatur seien die Diskussionen auf den Kongressen der Inneren Mission 1893 und 1897 in Dortmund und Bremen genannt; vgl. *Verhandlungen des 27. Kongresses für Innere Mission in Dortmund vom 2. bis 5. 10. 1893*, Dortmund 1893, 100–129 und *Verhandlungen des 29. Kongresses für Innere Mission in Bremen vom 4. bis 7. 10. 1897*, Bremen 1897, 164–197. S. a. Eduard Frhr. v. d. Goltz, *Der Dienst der Frau in der christlichen Kirche. Geschichtlicher Überblick mit einer Sammlung von Urkunden*, Bd. 1 u. 2, Potsdam 1914<sup>2</sup>.

<sup>10</sup> S. dazu Martin Greschat, „Die Entstehung der Berliner Stadtmission (1874–1877)“, in:

Arbeit her in der Lage sahen, dieser Entwicklung Herr zu werden, fand die Klage der Kaiserin, in der evangelischen Kirche fehle eine „Vereinigung, in welcher sich für kirchliche und sittlich-religiöse Zwecke nur evangelische Frauen und Jungfrauen zu gemeinsamer Arbeit für unser ganzes Vaterland verbinden“<sup>11</sup>, ein zustimmendes Echo. Als Tochtergründung des Evangelisch-Kirchlichen Hilfsvereins<sup>12</sup> sollte die Frauenhilfe eine zweifache Aufgabe erfüllen: ihre Mitglieder unter Gottes Wort sammeln und die sozialen Nöte und Mißstände in den Gemeinden durch persönliche Hilfsbereitschaft lindern<sup>13</sup>. Ziel war die Wiederherstellung des im Grunde vorindustriellen Leitbildes einer intakten christlichen Familie, die Schaffung lebendiger Kirchengemeinden, damit die Überwindung religiöser Indifferenz und der Kampf gegen den Unglauben, den man in den Kräften des Umsturzes, d. h. in der Sozialdemokratie glaubte festmachen zu können<sup>14</sup>.

In rascher Folge wurden in Preußen Provinzialverbände der Frauenhilfe gegründet, die sich in organisatorischer und finanzieller Hinsicht eng an den Ev.-Kirchl. Hilfsverein anlehnten. Nur Westfalen blieb zunächst abseits, obwohl auch hier bereits eine Reihe von Frauenvereinen ohne überörtlichen Zusammenschluß zum Teil schon seit langem existierten<sup>15</sup>. Vielen Pfarrern war wohl an einer Frauenhilfe in ihrer Gemeinde, nicht aber an einem Landesverband gelegen, der womöglich ihre Eigenständigkeit auf dem Felde kirchlicher Frauenarbeit eingeengt haben würde<sup>16</sup>. Schon der Gründung des Hilfsvereins hatte man in Westfalen skeptisch gegenübergestanden: Ob mit Kirchbauten allein der rapide fortschreiten-

*Jahrbuch für Berlin-Brandenburgische Kirchengeschichte* 50 (1977), 45–77.

<sup>11</sup> Vgl. das Schreiben der Kaiserin an den Engeren Ausschuß des Ev.-Kirchl. Hilfsvereins vom 1. 1. 1899, abgedr. bei Paul Cremer, „Die Frauenhilfe des Evang.-kirchlichen Hilfsvereins“, in: *Monatsschrift für Innere Mission* 20 (1900), 125–131, 126 f. S. a. Mybes I, 22.

<sup>12</sup> Selbständig wurde die Frauenhilfe erst durch eine Satzungsänderung des Ev.-kirchl. Hilfsvereins, die der Weitere Ausschuß am 24. 5. 1916 vornahm; cf. *Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung* Nr. 263 vom 24. 5. 1916, Abendausg., Art. „Hauptversammlung des Evangelisch-Kirchlichen Hilfsvereins“.

<sup>13</sup> Vgl. Paul Cremer a. a. O., 128 f.

<sup>14</sup> Schon anlässlich der Gründung des Ev.-Kirchl. Hilfsvereins am 28. 11. 1887 auf der ‚Waldersee-Versammlung‘ hatte der damalige Kronprinz Wilhelm erklärt: „In den großen Volksmassen, namentlich der großen Städte, nehmen die Umsturzideen immer mehr überhand. Gesetze oder Gewaltmaßregeln sind dagegen nicht ausreichend. Der wirksamste Schutz für Thron, Altar und Vaterland bestehe darin, die der Kirche entfremdeten Massen zum Christentum und zur Kirche zurückzuführen . . .“; abgedruckt bei Paul Cremer (Hrsg.), *Im Dienst der Liebe. 25 Jahre des Evangelisch-Kirchlichen Hilfsvereins*, Potsdam 1913, 6 f.

<sup>15</sup> 1906 gab es in Westfalen 91 Frauenvereine; 75 von ihnen schlossen sich dem am 7. 3. 1906 gegründeten Provinzialverband an; vgl. *Frauenhilfe* 6 (1906/7), 8 f. – Die ältesten Vereine waren Münster (gegr. 1824), Unna (gegr. 1835) und Hagen (gegr. 1838); 59 Frauengruppen konstituierten sich erst nach 1900; cf. *Jahrbuch der Westfälischen Frauenhilfe*, Münster 1908, 13 f.

<sup>16</sup> S. Friedrich Johanneswerth, „Frauenhilfe in der Vergangenheit“, 5 S. Manuskript, *LKABi*, Best. 13, 1 Nr. 20, Fasc. 77.

den Entfremdung vom christlichen Glauben Einhalt geboten werden konnte, schien hier zu Recht fraglich. Und niemand vermochte zu sagen, ob nicht die Frauenhilfe wieder eine jener „Reglementierungen vom grünen Tisch“ aus Berlin darstellte, mit denen man lieber nichts zu tun haben wollte<sup>17</sup>. Dieses Mißtrauen überwunden zu haben, ist das Verdienst Wilhelm Zoellners, der als Leiter von Kaiserswerth nicht zuletzt deshalb zum Generalsuperintendenten in Münster berufen wurde, um dort die Organisation der Frauenhilfe in die Hand zu nehmen<sup>18</sup>. Zoellner enttäuschte diese Erwartungen nicht; nur wenige Monate nach seinem Amtsantritt gelang es ihm, am 7. 3. 1906 in Witten den Provinzialverband der WFH aus der Taufe zu heben<sup>19</sup>. Als nebenamtlichen Geschäftsführer bestellte die Versammlung den Vereinsgeistlichen der Inneren Mission für die Grafschaft Mark, Pastor Johannes Cremer, den ein gutes Jahr später, als der Hilfsverein in Westfalen für sich selbst und die Frauenhilfe ein gemeinsames hauptamtliches Pfarramt einrichtete, Fritz Dreyer ablöste<sup>20</sup>. Unter Dreyer und seinem Nachfolger Friedrich August Johanneswerth<sup>21</sup> nahm die Frauenhilfe einen ungeahnten Aufschwung: 1908, 1911 und 1917 verdoppelten sich jeweils die Mitglieder- und Vereinszahlen, eine Entwicklung, die der Krieg und die ihn anfangs begleitende nationale und religiöse Hochstimmung noch beschleunigten<sup>22</sup>.

Offenbar half die Gründung der Frauenhilfe einem bestehenden Bedürfnis in den Gemeinden des evangelischen Westfalen ab; das rasche Wachstum des Provinzialverbandes ist anders kaum zu deuten. Obwohl genauere Angaben über die Sozialstruktur der Einzelvereine nicht überliefert sind, scheint die Masse der Mitglieder aus Arbeiterschaft und Kleinbürgertum gekommen zu sein. In die Leitung der Frauenhilfe auf Orts-, Kreis- und Bezirksverbandsebene drangen diese Gruppen allerdings nicht vor. Hier bestimmten Pfarrfrauen und Damen aus ‚besseren Kreisen‘ zusammen mit den meist dominierenden Pastoren den Kurs<sup>23</sup>. Während sich die Frauen

<sup>17</sup> Wilhelm Zoellner, „Die Evangelische Frauenhilfe als Organ der Kirche“, in: *Frauedienst in der evangelischen Kirche*, 21–30, 21 f.

<sup>18</sup> Vgl. Werner Philipps, „Wilhelm Zoellners soziales Anliegen“, in: *Jahrbuch für Westf. Kirchengeschichte* 73 (1980) 113–129, 125.

<sup>19</sup> Zoellner war am 11. 12. 1905 als Generalsup. eingeführt worden; cf. F. W. Bauks, *Die evangelischen Pfarrer in Westfalen von der Reformationszeit bis 1945*, Bielefeld 1980, Nr. 7181. Diese Neuerscheinung erwies sich als unentbehrliches Hilfsmittel; wo nicht ausdrücklich anders erwähnt, beziehen sich Angaben zu westf. Pfarrern immer auf Bauks. – Zur Gründung des Provinzialverbandes cf. *Frauenhilfe* 6 (1906/7), 8 f.

<sup>20</sup> Dreyer war vorher Gefängnisgeistlicher in Cottbus gewesen; vgl. *Frauenhilfe* 7 (1907/8), 80, anders Bauks, Nr. 1341, der Rendsburg angibt.

<sup>21</sup> Aus gesundheitlichen Gründen schied Dreyer im Oktober 1912 aus, um ein Pfarramt in Berlin/Brandenburg zu übernehmen, wo er am 6. 3. 1914 starb. Sein Nachfolger Johanneswerth blieb fast 25 Jahre im Amt des Geschäftsführers und hat neben Zoellner die Arbeit der Frauenhilfe in Westf. entscheidend geformt.

<sup>22</sup> Vgl. die Aufstellung am Schluß dieses Beitrags.

der ‚gehobenen Stände‘ häufig im Deutsch-Evangelischen Frauenbund organisierten<sup>24</sup>, blieb den anderen ‚nur‘ die Frauenhilfe. Das war in Westfalen nicht anders als in den übrigen Provinzen bzw. Ländern, ist aber nicht unbedingt negativ zu werten<sup>25</sup>: Wo sonst hatte die Klientel der Frauenhilfe Gelegenheit, öffentlich (soziale) Verantwortung zu tragen und im Rahmen einer spezifischen Geselligkeitsform nicht allein an geistlicher Zurüstung, sondern auch an Veranstaltungen der ‚Erwachsenbildung‘ teilzunehmen<sup>26</sup>?

Das am Anfang der Frauenhilfe stehende und konsequent durchgehaltene ‚duale Prinzip‘, nämlich Sozialarbeit – oder wie man damals sagte ‚praktische Liebestätigkeit‘ – und religiöse Besinnung miteinander zu verbinden, galt auch für Westfalen. Bereits auf der ersten Sitzung des Vorstandes im Juni des Gründungsjahres wurde beschlossen, „mit der Einrichtung von Instruktionkursen über weibliche Liebesarbeit in den Gemeinden“ zu beginnen. Man diskutierte auch die Notwendigkeit einer „Ausbildung freiwilliger Krankenpflegerinnen auf dem Lande“ und richtete wenig später Kurse dafür ein<sup>26</sup>. Die Schulung dieser Helferinnen entwickelte sich bald zu einem Hauptarbeitsfeld der WFH; deshalb soll darauf näher eingegangen werden.

<sup>23</sup> Typisch für diese Zusammensetzung war bereits das Ergebnis der ersten Vorstandswahlen 1906; neben Zoellner wurden gewählt: Frau Landgerichtspräsidentin Opendhoff/Bochum als Vorsitzende, Frau von Bodelschwingh-Plettenberg/Heeren, seit 1913 Gräfin von Plettenberg-Heeren (1909–1941 Vorsitzende der WFH), Frau Bürgermeisterin Klöse/Gelsenkirchen, Frau Otto Delius/Bielefeld, Frau Kreisschulinspektorin Kranold-Gelsenkirchen; cf. *Frauenhilfe* 6 (1906/7), 8f.

<sup>24</sup> Gegründet 1899; charakteristisch für das Verhältnis zwischen beiden Organisationen war das geläufige zeitgenössische Bonmot, die Damen des Deutsch-Ev. Frauenbundes trügen Hut, die Frauen der Frauenhilfe Kopftuch. – Dem späteren Präses der Rheinischen Kirche, Joachim Beckmann, lagen als zeitweiligem 2. Frauenhilfspfarrer in Westfalen die mit diesem Bildungsgefälle verbundenen Probleme sehr am Herzen; vgl. seinen Aufsatz „Unsere Verantwortung gegenüber der gebildeten Frauenwelt“, in: *Frauenhilfe* 31 (1931), 52–54. S. a. Hans Niemann, „Was können wir tun, um auch die gebildete Frau für die Frauenhilfe zu gewinnen?“, in: *Mitteilungen der Westfälischen Frauenhilfe*, Neujahr 1925.

<sup>25</sup> Sozialerfolgswirksamkeit erschöpfte sich ihrer gesellschaftlichen Funktion nach nicht in sozialer Disziplinierung der Mitglieder, obwohl sie ihnen politische Mitsprache und die Entwicklung eines neuen Selbstbewußtseins in emanzipatorischer Absicht gewiß verweigerte. Andererseits ermöglichte sie ihren Frauen mit den weit gespannten fürsorglichen Aktivitäten und Übertragung der etwa mit dem Amt der Bezirksfrau verbundenen Verantwortlichkeiten die Entfaltung einer Vorform individueller und sozialer Mündigkeit, die in den Zielgruppen der Frauenhilfe keineswegs ausgeprägt war und auch politische Qualität annehmen konnte: Die Haltung gerade vieler ‚einfacher‘ Frauen im Kirchenkampf scheint dafür ein Indiz.

<sup>26</sup> Nach dem Kriege wurde die Bildungsaufgabe der Frauenhilfe besonders herausgestellt; vgl. Prof. Dr. Koldewey, „Die Volkshochschulbewegung und die Frauenschule der Westfälischen Frauenhilfe zu Soest“, in: *Frauenhilfe* 19 (1919), 274–281 oder Joachim Beckmann, „Der Dienst der Frauenhilfe in der Volksbildung“, in: *Fraudienst in der evangelischen Kirche*, 49–54.

Das Thema lag dem neuen Generalsuperintendenten als ehemaligem rheinischen Diakonissenpfarrer besonders am Herzen. In der Gewißheit, daß berufliche und außerberufliche Diakonie zusammengehörten und die knappe Personaldecke der Mutterhäuser für zahlreiche Aufgaben nicht ausreichte, plädierte Zoellner noch in Kaiserswerth für die Ausbildung von Frauen und Mädchen, die als freiwillige Helferinnen dort, wo aus vielerlei und nicht zuletzt aus Kostengründen der Einsatz von Diakonissen nicht sinnvoll erschien, krankenpflegerische Tätigkeiten übernehmen könnten<sup>28</sup>. Das war besonders auf die ländlichen Regionen gemünzt, wo es in der Regel keine Gemeindeschwestern gab und die Nachbarschaftshilfe in Krankheitsfällen bis dahin privater Initiative mit all ihren Risiken überlassen blieb<sup>29</sup>. Freilich besaß der Einsatz Zoellners in Sachen Helferinnenausbildung auch einen ‚ideologischen‘ Aspekt: Im Gegensatz zu den kirchlichen Verhältnissen in den großen Städten schien das religiöse Leben auf dem Lande noch in Ordnung. Hier war, wie nicht nur Zoellner glaubte, die heile Welt christlichen Lebensvollzugs in Familie und Beruf noch unbeschädigt, nur von hier aus würde sich – wenn überhaupt – die ersehnte ‚Rechristianisierung‘ der Gesellschaft bewerkstelligen lassen. Die Pflege des Landes mußte deshalb das besondere Anliegen nicht nur der Kirche, sondern auch des Staates sein; denn – und hier tritt die völkische Komponente dieses Denkens zutage – „wer das Land pflegt, der pflegt auch unseres Volkes Zukunft“<sup>30</sup>.

Die Helferinnenausbildung eroberte sich bald einen festen Platz im Gesamtspektrum der westfälischen Frauenhilfsarbeit; obwohl jährlich zwei Kurse durchgeführt wurden, reichte die Zahl der Plätze nicht aus, um alle Anmeldungen zu berücksichtigen<sup>31</sup>. 1913 gab es 375 freiwillige Helferinnen, 1922 822, und im Jahre 1931 waren es 1427<sup>32</sup>. – Ein ähnliches Unternehmen, der 1907 unter dem bestimmenden Einfluß der WFH gegründete

<sup>27</sup> Zur ersten Vorstandssitzung der WFH am 8. 6. 1906 vgl. *Frauenhilfe* 6 (1906/7), 69f. Am 28. 1. 1907 begann der erste Kursus in Bethel; s. *Jahrbuch* 1908, 16.

<sup>28</sup> Wilhelm Zoellner, „Einige Bemerkungen zur ländlichen Krankenpflege“, in: *Frauenhilfe* 1 (1901/2), 54–56. Vgl. a. seinen Beitrag „Die Verbindung von beruflicher und außerberuflicher Diakonie. Leitsätze“, a. a. O., 14 (1914), 174f.

<sup>29</sup> Das führte oft zu Mißständen. Anfang Juli 1904 beschäftigte sich die Eisenacher Konferenz, das oberste Diskussionsforum der ev. Landeskirchen, mit dem Thema und befürwortete die verstärkte Hinwendung zu dieser Aufgabe; vgl. „Die Pflege der Kranken auf dem Lande“, in: *Monatsschrift für Innere Mission* 24 (1904), 320.

<sup>30</sup> Zoellner, „Helferinnen in der ländlichen Krankenpflege“, in: *Jahrbuch* 1908, 71–76. Zu dem Gedanken der Rechristianisierung vgl. jetzt Martin Greschat, *Das Zeitalter der industriellen Revolution*, Stuttgart et. al. 1980, bes. 235.

<sup>31</sup> Vgl. Zoellner, „Helferinnen in der ländlichen Krankenpflege“, a. a. O., 74. Danach mußten in den ersten beiden Jahren etwa 30–40 Kandidatinnen zurückgewiesen werden.

<sup>32</sup> Landesversicherungsanstalt und landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft unterstützen die in ihrem Interesse liegende Arbeit durch Zuschüsse; s. *Jahrbuch* 1908, 18 und *Frauen-dienst in der evangelischen Kirche*, 8.

‚Diakonissen-Hilfsverein für Privatpflege‘, ging auf eine Idee Pastor Wilhelm von Bodelschwings/Sarepta zurück und sollte ebenfalls, wie schon der Name andeutet, die berufliche Diakonie von Sonderaufgaben entlasten<sup>33</sup>. Es gelang dem Verein allerdings nur in seltenen Fällen, tatsächlich Personal für private Pflegezwecke zur Verfügung zu stellen, da die Frauenhilfsschwestern vorzugsweise in den Gemeinden, aber auch anderen klassischen Arbeitsbereichen der weiblichen Diakonie eingesetzt werden mußten. 1927 zog man daraus die Konsequenz und gliederte den Hilfsverein als ‚Soester Schwesternschaft‘ und viertes Diakonissenmutterhaus der Provinz der WFH ein<sup>34</sup>.

Die gerade beschriebenen Arbeitsfelder lagen organisatorisch in der Hand des Provinzialverbandes. Darüber hinaus entwickelten die einzelnen Kreisverbände, die sich in finanzieller Hinsicht offenbar recht gut standen, weitere Initiativen: So richtete – um einige Beispiele zu nennen – Bochum 1908 Schulungen für Wochenpflegerinnen, sogenannte Samariterkurse ein<sup>35</sup>, Schwelm gründete 1910 eine eigene Haushaltungsschule mit dem programmatischen Namen ‚Maria-Martha-Heim‘, und in Gelsenkirchen konstituierte sich im gleichen Jahr ein Fürsorgeverband der Frauenhilfe, dessen Ziel die Schaffung eines Heims für gefährdete Mädchen war<sup>36</sup>. Mit den wachsenden Aufgaben wurden die angemieteten Räume des Provinzialverbandes in Münster zu eng, und der Vorstand entschloß sich, in Soest ein eigenes Heim zu bauen<sup>37</sup>, das neben der Verwaltung und einer Dienstwohnung für den Vereinsgeistlichen vor allem eine Haushaltungsschule aufnehmen sollte, in der junge Mädchen in Vorbereitung auf die Ehe alles lernen konnten, „was eine Hausfrau zur Führung eines einfachen Haushalts können und wissen muß“<sup>38</sup>.

Das beklemmende Tempo der Entwicklung des Provinzialverbandes löste mancherorts Befürchtungen aus, das Proprium evangelischer Frauennarbeit, das Hören auf Gottes Wort und missionarisches Tun seien gefährdet und würden zugunsten rastloser Geschäftigkeit und immer neuer Pläne an den Rand gedrängt. So fällt schon bei den ersten Jahresberichten auf, daß die dankbare, gelegentlich auch selbstbewußte Rückschau auf das

<sup>33</sup> Ebd. Die Gründung erfolgte am 25. 10. 1907; 1909 bestand die erste Schwester das staatliche Examen in Witten; *Jahrbuch der Westfälischen Frauenhilfe 1916*, Soest 1916, 19.

<sup>34</sup> Im Januar 1927 wurde das Schwesternheim in Soest unter Oberin Lina Oberbäumer eingeweiht. Dem Verband gehörten 165 Schwestern, darunter 58 Lernschwestern, an; vgl. *Jahrbuch der Westfälischen Frauenhilfe 1927*, Soest o. J. [1928], 9.

<sup>35</sup> *Frauenhilfe* 9 (1909), 149.

<sup>36</sup> *Frauenhilfe* 11 (1911), 148f.

<sup>37</sup> Die Stadt Soest hatte dafür ein 6 Morgen großes Grundstück für 12 000 Mark zur Verfügung gestellt. Der Kostenvoranschlag des Neubaus belief sich auf 110 000 Mark; ebd. Am 20. 11. 1911 konnte das Haus eingeweiht werden, die Haushaltungsschule nahm am 1. 4. 1912 mit 42 Mädchen ihre Arbeit auf; cf. *Jahrbuch der Westfälischen Frauenhilfe*, Soest 1912, 21.

<sup>38</sup> *Frauenhilfe* 14 (1914), 233.

Erreichte verbunden wird mit der Mahnung, darüber den eigentlichen Auftrag nicht zu vergessen<sup>39</sup>. Diese Beobachtung ist wichtig, weil angesichts weitergehender organisatorischer Anstrengungen nach 1918 kritische Stimmen in Theologie und Kirche laut wurden, die den Wert der tradierten Arbeitsformen der Diakonie nicht länger fraglos akzeptieren wollten.

## II.

Der Erste Weltkrieg beeinträchtigte Arbeit und Entwicklung der WHF nicht, im Gegenteil. Allerdings veränderte er die sozialen Arbeitsfelder, da die Frauenhilfe nun in die Kriegsanstrengungen der Heimat einbezogen wurde. Der Jahresrückblick 1914/15 konnte feststellen: „Durch die meisten Berichte [der Kreisverbände] klingt es wie eine Lust zu leben. Der Krieg hat allen Vereinen eine Mobilmachung gebracht“<sup>40</sup>. „In Verbindung mit der als solche erfahrenen ‚Renaissance des Christentums‘ bei Kriegsbeginn sah Pastor Johanneswerth wichtige neue Aufgaben auf die Frauenhilfe zukommen. Die Mitglieder sollten „als Priesterinnen der Frömmigkeit und Hüterinnen der Herdflamme des Glaubens“ an der „religiösen Wiedergeburt“ des Volkes Anteil haben<sup>41</sup>. Nicht nur Vorbild in der Nachfolge Christi, sondern auch, was Sitte und Moral anging, würden die Frauen im Lande sein. Es galt, die religiöse Hochstimmung zur endlichen Überwindung jener vorherrschenden materialistischen Gesinnung zu nutzen, die nach dieser Auffassung für alle gesellschaftlichen Übel verantwortlich zeichnete<sup>42</sup>. Neben mancherlei moralischen Defekten, von denen ein Großteil der Mitgliedschaft kaum betroffen gewesen sein dürfte, nahmen der Geschäftsführer zusammen mit der Vorsitzenden vorzugsweise „die die Sittlichkeit schädigende welsche Mode“ aufs Korn. Die deutsche Frau habe angesichts der Schrecken des Krieges mit Kleiderluxus nichts zu

<sup>39</sup> Vgl. etwa die Jahresberichte 1907/8, *Jahrbuch* 1908, 21f., 1908/9, *Frauenhilfe* 9 (1909), 147, 1909/10, *Jahrbuch der Westfälischen Frauenhilfe*, Münster 1910, 14f.: „Wir treiben unsere Liebesarbeit nicht als Sport – dann wird sie leicht zum Spott – auch nicht, um Rechte und Ehren zu gewinnen oder zu kämpfen, dann wird sie leicht zum Deckmantel der Selbstsucht, wir treiben sie als evangelische Christen, die wissen, was sie ihrem Herrn und Meister schulden.“

<sup>40</sup> *Frauenhilfe* 15 (1915), 263. Die Einnahmen der Vereine verdreifachten sich fast binnen Jahresfrist von 372 000 Mark auf etwa 900 000 Mark; ebd., 264.

<sup>41</sup> Friedrich Johanneswerth, „Der Schwerpunkt unserer Arbeit“, in: *Frauenhilfe* 15 (1915), 125–127, 125. Vgl. a. den aufschlußreichen Entwurf des Artikels, *LKABi*, Best. 13,1 Nr. 20 Fasc. 20 und den Aufruf vom 17. 8. 1914 an die Gemeindepfarrer, sich gerade jetzt auf die Frauenhilfen zu stützen, ebd.

<sup>42</sup> Es seien auch die Frauenhilfen, die das Volk herausführten „aus den öden Niederungen der das Herz verkümmernenden Diesseitsbetonung zu den lichten Höhen des Lebens und Wandels in Gott“. Jetzt sei die Zeit reif und geeignet, „gegen alle Oberflächlichkeit und Leichtlebigkeit, gegen alle Erzeugnisse der vergiftenden Schmutzliteratur [...] kräftig anzukämpfen“, *Frauenhilfe*, a. a. O., 125. 127.

schaffen, sie trete „für echte deutsche Schlichtheit und wahre Schönheit [...] für Rückkehr zur Einfachheit“ ein<sup>43</sup>.

Als sich die Lage verschärfte und ein Sieg der Mittelmächte nicht mehr so sicher schien, rief auch die Frauenhilfe zum Durchhalten auf. Nur Gottvertrauen – so der Tenor dieser Flugblätter – könne die Nation retten, nur Gottvertrauen überwinde Kleinmut und Unzufriedenheit, d. h. Defaitismus und Kritik an der Ernährungslage, nur die Kraft des Glaubens befähige dazu, wie weiland Luther „einer Welt von Feinden furchtlos ins Auge [zu] schauen“<sup>44</sup>. Zunehmend setzte man sich damit für eigentlich frauenhilfsferne, rein politische Ziele ein, wozu auch gehörte, daß Soest die Vereine zur Zeichnung der 7. Kriegsanleihe mit dem patriotischen Argument aufforderte, Präsident Wilson müsse die richtige Antwort auf seinen Versuch, Volk und Kaiser auseinanderzuidividieren, gegeben werden<sup>45</sup>. Im August 1918 sorgte sich der Provinzialverband um die „Stimmung in der Heimat“; gerade auf die Frauen komme es nun an, Gemeindeschwestern und Bezirksfrauen trügen in besonderem Maße Verantwortung für die Erhaltung der Siegeszuversicht und die Eindämmung zersetzender Gerüchte<sup>46</sup>.

Der politische Kriegseinsatz der Frauenhilfe war jedoch nur *ein* Teil ihres Wirkens in jenen Jahren. Auf der anderen Seite stehen ihre unbestreitbaren, ja großartigen Leistungen in den neugeschaffenen Institutionen zur ökonomischen und sozialen Sicherung der Zivilbevölkerung<sup>47</sup>, ihre praktische Aufklärung zur Überwindung von Ernährungsengpässen<sup>48</sup> und die erst im Krisenjahr 1917 nachlassenden, bis dahin unermülich und erfolgreich durchgeführten Sammlungen für die Soldaten an der Front und für Notstände aller Art in der Heimat<sup>49</sup>. Schließlich sollte der stille Dienst

<sup>43</sup> Ebd., 126. Vgl. a. einen entsprechenden Leserbrief Johanneswerth, der am 11. 8. 1915 im *Soester Kreisblatt* erschien. – Das Zitat im Text nach einem Rundschreiben der Vorsitzenden, Gräfin v. Plattenberg-Heeren vom 11. 4. 1916; *LKABi*, Best. 13,1 Nr. 20 Fasc. 8. Die WFH richtete sogar eine Eingabe an das Generalkommando in Münster mit der Forderung, den stoffverschwendenden Modetorheiten Einhalt zu gebieten; ebd.

<sup>44</sup> Flugblatt „An die Frauenhilfe in Stadt und Land“, hrsg. vom Hauptvorstand der Frauenhilfe, o. Dat. [1917], *LKABi*, Best. 13,1 Nr. 20 Fasc. 69.

<sup>45</sup> Rundschreiben der WFH vom 20. 9. 1917; *LKABi*, Best. 13,1 Nr. 20 Fasc. 8. Zu dem hist. Hintergrund vgl. etwa Udo Sautter, *Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika*, Stuttgart 1976, 340.

<sup>46</sup> Rundschreiben der WFH vom 9. 8. 1918, *LKABi*, ebd.

<sup>47</sup> Zur Kooperation der WFH mit dem Vaterländischen Frauenverein und dem ‚Ausschuß für Kriegsbeschädigten-Fürsorge im Kriege‘ vgl. *LKABi*, 13,1 Nr. 20 Fasc. 1 und 107. Dort auch Flugblätter und Aufrufe an die Gemeinden.

<sup>48</sup> Vgl. Berta Leich, *Deutsche Hausfrauen hilft siegen* (Kriegsflugblatt der westfälischen Frauenhilfe), o. O. u. o. J., in: *LKABi*, Best. 13,1 Nr. 20 (Kleinschriften); Karl Leich, *Merkblatt über den Gartenbau für das Jahr 1915*, o. O. u. o. J., ebd.; Westfälische Frauenhilfe, *Kriegs-Kartoffel-Rezepte*, o. O. u. o. J., ebd.

<sup>49</sup> S. den Jahresbericht der WFH 1914/15, in: *Frauenhilfe* 15 (1915), 263–267. Danach wurden etwa 150 000 Strümpfe, 25 000 Leibbinden, 50 000 Pulswärmer und 40 000 Weihnachtspakete

vieler namenloser Frauenhilfsmitglieder nicht vergessen werden, die regelmäßig die Angehörigen gefallener, vermißter und verwundeter Soldaten besuchten und hier nicht allein materielle Not linderten, sondern den Trost des Evangeliums brachten, ein Trost, der bei aller unzulässigen Vermischung mit politischen Implikaten, wie sie die Durchhalteparolen darstellten, von eigener Qualität war und auch dann seine Wirkung nicht verlor, als die Propagandamaschinerie im Zusammenbruch vorerst zum Stillstand kam.

Mit den knapper werdenden Ressourcen und der sich anbahnenden Wende des Krieges reduzierten sich die vielfältigen Aktivitäten der Frauenhilfe. Der Jahresbericht der WFH 1916/17 hatte Grund, über „eine gewisse Müdigkeit, ja Gleichgültigkeit gegenüber dem kirchlichen Leben“ zu klagen, die sich auch „auf weite Kreise der Frauenwelt“ gelegt habe<sup>50</sup>. Dann, angesichts von Waffenstillstand und Revolution war man in Soest zeitweise der Resignation nahe und fragte sich, „ob bei dem allgemeinen Zusammenbruch nicht auch das Werk der Frauenhilfe vernichtet würde“<sup>51</sup>. Doch entsprach diese pessimistische Sicht weniger den tatsächlichen Gegebenheiten als vielmehr einer gerade in kirchlichen Kreisen verbreiteten gedrückten Stimmung: Hier hatte man schließlich mit dem Bündnis von Thron und Altar mehr verloren als nur den Krieg und sah sich in Anbetracht der anfangs durchaus rigorosen Religionspolitik der Unabhängigen Sozialdemokratie vor einer ungewissen Zukunft<sup>52</sup>.

### III.

Noch während des Krieges faßte die WFH neue Aufgaben an<sup>53</sup>; darunter war die „Nachgehende Fürsorge“, die sich in den folgenden Jahren zu einem wichtigen Arbeitszweig entwickelte. Es handelte sich um die pädagogische und geistliche Betreuung sittlich gefährdeter Frauen und Mädchen, um die man sich schon immer hatte kümmern wollen<sup>54</sup>. Die

an die Front und in die verwüsteten Gebiete Ostpreußens geschickt. 1935 berichtete P. Johanneswerth, die WFH sei während des Krieges zentrale Verteilungsstelle für Hilfsgüter neutraler Staaten gewesen; so habe man im ganzen 50 Waggons mit Hausrat ins zerstörte Ostpreußen schicken können (s. Anm. 16).

<sup>50</sup> *Frauenhilfe* 17 (1917), 317–325, 318.

<sup>51</sup> Jahresbericht 1918/19, in: *Frauenhilfe* 19 (1919), 266–269, 266.

<sup>52</sup> Dazu etwa Klaus Scholder, *Die Kirchen und das Dritte Reich*, Bd. I: *Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918–1934*, Frankfurt a. M. et. al. 1977, 19 ff.

<sup>53</sup> In Bochum war 1916 ein Arbeiterinnenheim mit 30–40 Plätzen zur Betreuung von Munitionsarbeiterinnen errichtet worden. Im Rahmen dieser Fürsorge veranstaltete der Provinzialverband 4wöchige Kurse für Fabrikpflegerinnen in Soest. Daneben wurden Mütter zur Erholung aufs Land geschickt, und auf Initiative des Gesamtverbandes organisierte Soest im großen Maßstab eine Kinderlandverschickung, die bis 1917 30 000 Kinder erfaßte und von dem eigens zeitweise dazu freigestellten Pastor Ernst Winnacker/Harpen organisiert wurde; vgl. Jahresbericht 1916/17, in: *Frauenhilfe* 17 (1917), 317–325, 321 ff.

<sup>54</sup> In seinem Jahresbericht 1906/7 rechnete Pastor Dreyer die Nachgehende Fürsorge zu den

Kriegsfolgen auch auf diesem Felde und der glückliche Umstand einer bedeutenden Schenkung führten zum Beginn der Heimfürsorge in Wengern<sup>55</sup>. Wieder war es Zoellner, der auch der Nachgehenden Fürsorge das konzeptionelle Fundament gab. Er wußte aus seiner langjährigen Tätigkeit in der Rheinisch-Westfälischen Gefängnisgesellschaft um die strafrechtlichen und gesellschaftlichen Aspekte der Gefährdetenarbeit, reduzierte den Ursprung der damit zusammenhängenden Probleme jedoch überwiegend auf individuelles Fehlverhalten, ohne die Macht der Verhältnisse gänzlich zu verkennen<sup>56</sup>. Da sittliche Labilität bei Frauen und Mädchen nach Zoellner zur Prostitution führen mußte, hatte die Kirche die Pflicht, dagegen einzuschreiten. Nicht allein, weil Prostitution Sünde war – dieses Argument kommt überraschenderweise in Zoellners zentralem Beitrag zu diesem Thema nur am Rande vor<sup>57</sup>, nein, weil sie eine ständige Bedrohung für die „Volkskraft“, für „die Gewinnung eines leiblich und geistig gesunden Nachwuchses darstellte<sup>58</sup>, hatten Kirche und Staat hier gemeinsam zu handeln. – Zoellner teilte die Betroffenen – je nach der Schwere des ‚Falls‘ – in drei Gruppen ein: Während die lediglich Gefährdeten in offenen Heimen aufgenommen werden sollten, um von dort aus bis zur inneren Festigung einer Arbeit außerhalb der Anstalt nachzugehen, wollte Zoellner die wegen gewerbsmäßiger Unzucht erstmals Verurteilten in geschlossenen Arbeiterinnenkolonien unterbringen. Von dort aus sollten sie dann nach mehrmonatiger Gewöhnung an ein geregeltes Leben in freie Stellen vermittelt werden. Die Prostituierten der letzten Kategorie stufte er als nicht besserungsfähig ein; um die Gesellschaft vor ihnen zu schützen, bleibe nur der Strafrichter und die Einrichtung einer „Provinzialzwangsanstalt“<sup>59</sup>.

wichtigen Zukunftsaufgaben der Frauenhilfe, cf. *Jahrbuch* 1908, 24. – 1915 bildete sich in Münster ein ‚Arbeitsausschuß für Nachgehende Fürsorge‘ unter dem Vorsitz von Frau Staatsminister Holle und der Geschäftsführung von Ida Rother; cf. Jahresbericht 1914/15 in: *Frauenhilfe* 15 (1915), 263–267, 265.

<sup>55</sup> Ein Schweizer Rentier stiftete 36 000 Mark; damit und aus Spendenmitteln der westf. Industrie kaufte die WFH 5 Bauernhöfe in Wengern/Ruhr an; am 20. 3. 1917 zog Schwester Lina Wolf mit den ersten Mädchen hier ein; vgl. *50 Jahre Wengern*, Wengern o. J. [1967], 2f.

<sup>56</sup> In einem Beitrag Zoellners zu Familienproblemen findet sich der klassisch anmutende Satz: „So wichtig immer die Verhältnisse sein mögen, ausschlaggebend ist doch die Persönlichkeit.“ Vgl. *Frauennot und Frauenhilfe*, Leipzig 1918, 12. – Mit der Gefährdetenfürsorge hatte sich die Rheinisch-Westf. Gefängnisgesellschaft seit ihrer Gründung durch Theodor Fliedner 1826 beschäftigt, insofern waren Zoellners Gedanken nicht ganz neu; vgl. Pfr. Just, *Nachgehende Fürsorge*. Vortrag, gehalten auf der Jahresversammlung der WFH in Dortmund, 7. 10. 1915, o. O. u. o. J.

<sup>57</sup> *Neue Fürsorgemaßnahmen für gefallene Frauen und Mädchen nach dem Kriege*, Düsseldorf 1917.

<sup>58</sup> Kampf gegen Prostitution sei „Kampf gegen den Wurm, der am Mark unseres Volkslebens zehrt. Hier gilt’s im Interesse unserer Volkskraft, unserer Volksgesundheit, des nachfolgenden Geschlechts, zusammenzustehen. Das ist auch ein heiliger Kreuzzug, auch über ihm steht das Panier: Gott will es“; ebd. 2. 11.

In Wengern/Ruhr wurde nach diesen Vorstellungen 1917 die erste Arbeiterinnenkolonie eröffnet, die, obschon auf dem Prinzip völliger Freiwilligkeit basierend, soviel Anziehungskraft ausübte, daß nur ein Drittel der sich meldenden Kandidatinnen aufgenommen werden konnte<sup>60</sup>. Von den im Kriegsjahr 1918 durch die Nachgehende Fürsorge insgesamt betreuten 297 Personen waren 181 vorbestraft, etwa 60% wegen krimineller Delikte, die übrigen wegen gewerbsmäßiger Unzucht<sup>61</sup>. Die Verwaltungsstelle in Münster, seit Anfang Oktober 1918 unter Leitung von Pastor Georg Israel, dem Vereinsgeistlichen des Westf. Asylverbands, arbeitete eng mit den Behörden zusammen; diese nahmen die Vermittlung von Vormund- bzw. Pflegschaften wie auch die „Schutzaufsicht“ in Wengern in Anspruch, um den Justizapparat zu entlasten. Außerdem entstanden jetzt überall in Westfalen lokale evangelische Fürsorgevereine, die Nutzen und Notwendigkeit dieser neuen Arbeit erfolgreich propagierten<sup>62</sup>. Bis 1931 erfaßte die Nachgehende Fürsorge in der Provinz mehr als 12 000 Frauen, 1 500 von ihnen gingen – zum Teil mit Kindern und Säuglingen – durch die Heime in Wengern; „vielen von ihnen wurde“, wie ein Rückblick des gleichen Jahres lapidar feststellt, „zu einem arbeitsreichen Leben verholfen“<sup>63</sup>.

Schließlich sollen zwei Aufgabenfelder der WFH vorgestellt werden, deren Bedeutung in den 20er und 30er Jahren zunehmend stieg und die bis heute einen wesentlichen Teil der Frauenhilfswirklichkeit ausmachen: Bezirksfrauenarbeit und Müttererholungsfürsorge<sup>64</sup>.

Ansätze, die Kirchengemeinden in Bezirke von jeweils 20–30 Familien einzuteilen, in denen eine ‚Bezirksvorsteherin‘ oder Bezirksfrau der Frau-

<sup>59</sup> *Frauennot und Frauenhilfe*, 26.

<sup>60</sup> S. Ida Rothert, „Jahresbericht der nachgehenden Fürsorge der Westfälischen Frauenhilfe“, in: *Frauenhilfe* 17 (1917), 299–301, 300. Oft handelte es sich um rechtskräftig Verurteilte, die der Richter vor die Wahl stellte, sich entweder ‚freiwillig‘ kirchlicher „Schutzaufsicht“ zu unterstellen oder ins Gefängnis zu gehen.

<sup>61</sup> Das Folgende nach Ida Rothert, *Jahresbericht 1918 der Westfälischen Frauenhilfe, Abteilung für nachgehende Fürsorge*, Münster o. J.

<sup>62</sup> 1922 existierten 13 Fürsorgevereine und 17 Fürsorgeausschüsse in westf. Gemeinden. – In Wengern wurden bis zu diesem Jahr etwa 600 Frauen mit rund 150 Kindern bzw. Säuglingen aufgenommen; cf. Dr. Hertha Stockmar, „Die nachgehende Fürsorge in Westfalen“, in: *Frauenhilfe* 22 (1922), 138–141.

<sup>63</sup> Vgl. *Fraudienst in der evangelischen Kirche*, 11–13.

<sup>64</sup> Auf die Schulgründungen des Provinzialverbands kann aus Platzgründen nicht eingegangen werden, eine Unterlassung, die jedoch zu vertreten ist, da die Entwicklung zumindest der Ev. Wohlfahrtsschule in Bielefeld und später Gelsenkirchen bereits beschrieben wurde; vgl. die Erinnerungen der ersten Leiterin Margarete Cordemann, *Wie es wirklich gewesen ist. Lebenserinnerungen einer Sozialarbeiterin auf dem Hintergrund einer Beschreibung der deutschen Gesellschaft in der Zeit von 1890–1960*, Gladbeck 1963, bes. 258 ff. S. a. Sigrid Willemsen, „Trends in der sozialen Arbeit und der sozialen Ausbildung seit 1927. Ein Bericht anlässlich des 50jährigen Bestehens einer Ausbildungsstätte für Sozialarbeit“, in: *Der Sozialarbeiter* Jg. 1978, 1–5.

enhilfe durch regelmäßige Besuche inneren und äußeren Nöten auf die Spur kommen und für ihre Abhilfe verantwortlich sein sollte, gab es in Westfalen bereit seit 1910<sup>65</sup>. Unter den besonderen Bedingungen des Krieges muß sich das Bezirksfrauensystem als wichtiges, ja bald unentbehrliches Instrument der gesamten Gemeindefarbeit durchgesetzt haben, denn 1921 gehörte es schon in zwei Dritteln der westfälischen Pfarreien zur selbstverständlichen Praxis<sup>66</sup>. Die Pastoren, vornehmlich der Industrieregionen, erkannten rasch, welch wertvollen Dienst ihre Bezirksfrauen taten und in welchem Maße sie zusammen mit den übrigen Mitarbeitern die aktive, verlässliche Kerngemeinde bildeten, auf die man im Ringen um die Gewinnung der Fernstehenden rechnen konnte. – Um geeignete Bezirksfrauen für ihre Aufgaben vorzubereiten, veranstaltete Soest überall im Lande Schulungskurse, die zunächst von den beiden Reisesekretärinnen Hilde Meinberg und Herta Zielke geleitet wurden<sup>67</sup>, bis mit Meta Brenne Mitte der 20er Jahre jene Persönlichkeit ihren Dienst in der WFH aufnahm, der die Bezirksfrauenarbeit in der Provinz entscheidende Impulse verdankt. Meta Brenne legte großen Wert auf die durch ihre christliche Orientierung bedingte Andersartigkeit evangelischer Frauenarbeit gegenüber sonstigen Frauenorganisationen und stellte an persönliches Vorbild und Glaubenshaltung ihrer Bezirksfrauen hohe Ansprüche<sup>68</sup>. Man kann vermuten, daß die Arbeit der Bezirksfrauen die im täglichen Betrieb der Frauenhilfe mit seinen auch organisatorisch-technischen Anforderungen mitunter in Gefahr geratene geistliche Mitte und damit das ‚pastorale Element‘ wieder mehr in den Vordergrund rücken sollte. Ganz deutlich wird das in einer Broschüre von 1938 – unter freilich veränderten (kirchen-)politischen Verhältnissen – ausgesprochen: Während früher die Frauenhilfe auch äußere Nöte gelindert habe, sei es nun ihre Aufgabe, ihren missionarischen Dienst in und an der Gemeinde zu tun<sup>69</sup>.

Anders als die Bezirksfrauenarbeit entstand die Müttererholungsfürsorge unter dem Eindruck wachsender familiärer Probleme in den letzten Kriegsjahren. Die situationsbedingte zunehmende Berufstätigkeit verheirateter Frauen<sup>70</sup> führte in Verbindung mit der Abwesenheit der meisten Väter zu oft unerträglichen Belastungen für die Familien, und das heißt in erster Linie für die Mütter. Ein erst jetzt vielen richtig zu Bewußtsein

<sup>65</sup> Vgl. *Jahrbuch der Westfälischen Frauenhilfe*, Münster 1910, 16.

<sup>66</sup> *S. Frauenhilfe* 22 (1922), 12. 118. – 1928 gab es in Westfalen 7 – 8 000 Bezirksfrauen, vgl. *Jahrbuch der Westfälischen Frauenhilfe* 1929, Soest o. J., 9.

<sup>67</sup> *Frauenhilfe* 26 (1926), 75.

<sup>68</sup> Vgl. Meta Brenne, „Der Dienst der Frauenhilfe in der Gemeinde (Bezirksfrauenarbeit)“, in: *Frauendienst in der evangelischen Kirche*, 41–44.

<sup>69</sup> Hermann Bastert/Meta Brenne, *Der Dienst der Bezirksfrau in der Gemeinde*, Potsdam 1938.

<sup>70</sup> Zum Gesamtkomplex vgl. Ursula von Gersdorff, *Frauen im Kriegsdienst 1914–1945*, Stuttgart 1969.

kommender starker Geburtenrückgang tat ein übriges, um diejenigen auf den Plan zu rufen, die sich um Deutschlands Zukunft sorgten. Wohl kein anderer Arbeitszweig der Frauenhilfe ist derartig stark von ideologischen Prämissen geprägt, wie gerade die Müttererholung. Wieder gab Zoellner wichtige Anstöße: Nachdem der erhoffte ideelle und religiöse Neubeginn des August 1914 versandet sei, hätten die materialistischen Strömungen in der deutschen Gesellschaft neuen Auftrieb erhalten. Frauenberufsarbeit scheinete nicht allein durch den Krieg erzwungen, sondern auch Ausdruck persönlicher Gewinnsucht. Dazu passe es, wenn das Kind zur Last werde und dem Streben nach ‚Selbstverwirklichung‘ der Frau im Wege stehe. Zoellners Fazit lautete: „Was hülfte es einem Volke, wenn es die ganze Welt, auch nur wirtschaftlich, gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele und opfere sein Heiligtum, die Familie<sup>71</sup>!“ Mütterarbeit der Frauenhilfe bedeutete für ihn Rettung der deutschen christlichen Familie und Sicherung der Zukunft des Volkes. Diesen Vorstellungen diene auch die kooperative Mitgliedschaft der Frauenhilfe in zahlreichen nach 1918 entstehenden nichtkirchlichen Organisationen mit ähnlicher Zielsetzung und ihr nicht unproblematischer Einsatz für die Schaffung eines deutschen Muttertages<sup>72</sup>. Später ist Klara Schloßmann-Loennis, die Beauftragte der Mütterarbeit des Gesamtverbandes, zur Vorkämpferin jenes unheiligen Synkretismus christlicher und völkisch-biologistischer Elemente einer Familien- und Mutterschaftsideologie geworden, die dem Nationalsozialismus direkt in die Hände arbeitete<sup>73</sup>.

In der Praxis ging es zunächst einfach um „Erholungsfürsorge für abgearbeitete, müde und kinderreiche Mütter des Arbeiter- und des bedürftigen Mittelstandes“<sup>74</sup>. Da in Westfalen anfangs keine Heime zur Verfügung standen, sollten sich die Mütter bei mehrtägigen Ausflügen und Freizeiten auf dem Lande erholen, wo sie in Privatquartieren untergebracht wurden. Als sich dieser Weg auf die Dauer als nicht gangbar erwies, eröffneten sich 1927 überraschend bessere Möglichkeiten: Die Gewerkschaft ‚Eisenzecherzug‘ stellte der WFH das Heim Concordia in Siegen für Erholungszwecke zur Verfügung. Unter Leitung von Luise Niederstein, der Frau des Bochumer Superintendenten, war das Haus noch im gleichen

<sup>71</sup> W. Zoellner, *Die Schicksalsfrage der deutschen Frau an ihr Volk in ernster Zeit*, Potsdam o. J. [1917], 13. S. a. *Frauennot und Frauenhilfe*.

<sup>72</sup> Eine Liste von 12 Verbänden, denen sich die Frauenhilfe als Mitglied anschloß, enthalten die *Mitteilungen der Westfälischen Frauenhilfe*, Sonderausgabe März 1922 zur Sittlichkeitsfrage. Besonders erwähnenswert ist die Mitgliedschaft in der 1919 gegründeten Berliner ‚Volksgemeinschaft zur Wahrung von Anstand und guter Sitte‘, seit 1925 ‚Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundung e. V.‘, die vor allem den Muttertag propagierte.

<sup>73</sup> Vgl. die von ihr herausgegebene Zeitschrift *Mutter und Volk* oder die Broschüre mit dem bezeichnenden Titel *Wehrwille der Mütter – Wehrwille der Nation*, Berlin o. J. [1934].

<sup>74</sup> F. A. Johanneswerth, „Müttererholungsfürsorge“, in: *Frauenhilfe* 28 (1928), 150–154, 150.

Jahre für seine neue Aufgabe hergerichtet; über 500 Frauen konnten hier bereits 1927/28 aufgenommen werden<sup>75</sup>. In einem finanziellen Kraftakt ohnegleichen erwarb Soest für das immer wichtiger werdende Arbeitsfeld der Müttererholung im Jahr 1928 zwei weitere Heime hinzu: eine ehemalige Bergwerksdirektorenvilla der eingegangenen Gewerkschaft ‚Concordia‘ in Laggenbeck bei Tecklenburg und ein 30-Betten-Hotel in Bad Driburg<sup>76</sup>. Wenn der Geschäftsführer in seinem Jahresbericht erwähnt, diese Käufe seien „ohne einen Pfennig Geld“, allein im Vertrauen auf Gottes Hilfe und die „tatkräftige Hilfe unserer Vereine“ erfolgt<sup>77</sup>, so muß diese Aussage ergänzt werden, denn Landeshauptmann und Landesversicherungsanstalt fanden sich bereit, die Kuraufenthalte für Mütter angemessen finanziell zu fördern<sup>78</sup>. Die Zahlen sprechen für sich: 1450 Frauen nahmen 1929 an der Müttererholung der WFH teil, 1930 waren es schon 1800. Kauf und Umbau der Häuser kostete den Provinzialverband zwischen 1927 und 1931 über eine halbe Million Mark. Waren die Belastungen auch hoch, – die Erfolge scheinen sie aufgewogen zu haben, wenn Johanneswerth 1931 in einem historischen Rückblick nicht ohne Stolz vermerkt: „Die Müttererholungsfürsorge [...] ist ein weiteres Ruhmesblatt in der Geschichte der Westfälischen Frauenhilfe“<sup>79</sup>.

Die Skizzierung der Geschichte der WFH bis hierher hat einen Begriff davon vermitteln wollen, auf welch vielfältige Aktivitäten in imponierendem Ausmaß sich der Provinzialverband seit seiner Gründung einließ. Das wurde in den Jahren der Republik auch an deren Stellen sichtbar: Lag die WFH schon 1921 mit 587 Vereinen und rund 100 000 Mitgliedern an zweiter Stelle hinter Brandenburg im Gesamtverband, so rückte sie nach einer offiziellen Statistik 1929 mit 155 000 Mitgliedern an die erste Stelle vor Brandenburg und der rheinischen Schwesternprovinz, deren Frauenhilfe bedeutend weniger Mitglieder zählte<sup>81</sup>. Damit dürfte Soest stärkster Einzelverband der gesamten kirchlichen Frauenarbeit in Deutschland gewesen sein. Was in Westfalen geschah, konnte im Reich mit Beachtung rechnen; insofern ist die abschließend zu behandelnde Entwicklung der

<sup>75</sup> *Jahrbuch der Westfälischen Frauenhilfe 1928*, Soest o. J., 11.

<sup>76</sup> Ebd. 11f. Während Laggenbeck nur 58500 Mark kostete, mußten für Bad Driburg 130 000 Mark bezahlt werden. Die Stadtverbände Gelsenkirchen und Bielefeld unterhielten in Windrath und im Teutoburger Wald (Waterboer) eigene Erholungsheime; ebd., 11f.

<sup>77</sup> Ebd.; vgl. a. seinen Artikel „Müttererholungsfürsorge“, a. a. O., 154, in dem er seine Leser aufforderte: „... Haben Sie den Mut freudigen Handelns, auch den Mut Schulden zu machen, rechnen Sie nicht zaghaft wegen der Gelder; wo Schulden, Glaube und Gebet ist [,] da ist Geld und Erfolg.“

<sup>78</sup> Ebd., 151. S. a. Jahresbericht 1928/29, in: *Jahrbuch der Westfälischen Frauenhilfe 1929*, Soest o. J., 6f.

<sup>79</sup> *Frauentdienst in der evangelischen Kirche*, 15.

<sup>80</sup> Vgl. *Frauenhilfe* 21 (1921), 212f.

<sup>81</sup> S. *Handbuch für evangelische Frauen*, hrsg. von Nora Hartwich, Berlin-Dahlem 1929, 40ff.

WFH im Kirchenkampf über den engen Bereich der Provinz hinaus von Bedeutung.

Daß die rasante Expansion der Frauenhilfe und ihrer diakonischen Werke nicht nur auf Zustimmung stieß, sondern auch Vorbehalte, ja Unmut auslöste, ist oben schon angemerkt worden. Ob die gelegentlich hektische Betriebsamkeit gerade in Westfalen wirklich stets durch „heilige Unzufriedenheit“ über die Verhältnisse hervorgerufen wurde<sup>82</sup> oder ob nicht auch sich plötzlich eröffnende Möglichkeiten und eine zeitweise günstige ‚soziale Konjunktur‘ die Entwicklung mitbestimmten, wird in der Tat zu fragen sein. Vor allem jüngere Theologen kritisierten damals den diakonischen ‚Betrieb‘ und fragten, ob sich die Kirche und ihre Untergliederungen nicht auf die Verkündigung des Evangeliums konzentrieren und die Sozialarbeit dem Staat überlassen sollten<sup>83</sup>. Offenbar kamen diese Stimmen aus theologisch ganz unterschiedlichen Lagern. Auf eine Kurzformel gebracht wollten manche Pastoren die Brücke zu den ‚Randsiedlern‘ der Gemeinde nicht mehr mit Hilfe der Inneren Mission (als Caritas), sondern allein mit Hilfe der Volksmission schlagen. Solche Spannungen belasteten die Diakonie und ihre Verbände gegen Ende der Republik wohl allgemein und bildeten in den Auseinandersetzungen des Kirchenkampfes eine nicht zu unterschätzende Hypothek. Es ist deshalb kein Zufall, daß – abgesehen von dem wachsenden Druck des nationalsozialistischen Staates – die sozialen Aktivitäten auch der Frauenhilfe stagnierten, ja zurückgingen und zunehmend theologischer Besinnung und Seelsorge in den Gemeinden Platz machten.

#### IV.

Neben der kleinen Schrift von Gunther van Norden und Fritz Mybes über *Evangelische Frauen im Dritten Reich*<sup>84</sup> gibt es keine zusammenfassende Darstellung zur Geschichte kirchlicher Frauenarbeit in den Jahren zwischen 1933 und 1945. Es scheint so, als habe die bisher fehlende Auseinandersetzung mit diesem Thema zu der Annahme geführt, als könne man im Analogieverfahren die für den Kirchenkampf im ganzen zutreffenden Tendenzen auch auf den Bereich des Verbandsprotestantismus und hier in

<sup>82</sup> *Jahrbuch* 1928, 9.

<sup>83</sup> Wilhelm Zoellner wies bereits 1931 warnend auf derartige, ihm gefährlich erscheinende Ansichten einer nach 1918 ins Pfarramt gekommenen Theologengeneration hin; vgl. ders., „Die Evangelische Frauenhilfe als Organ der Kirche“, in: *Frauedienst in der evangelischen Kirche*, 21–30; bes. 28 ff. – Die zeittypische Hochschätzung volksmissionarischer Mittel und die Dialektische Theologie als eine Theologie des Wortes führten im Kirchenkampf häufig zu entgegengesetzten (kirchen-)politischen Optionen.

<sup>84</sup> Düsseldorf 1979. Für Westfalen gibt Bernd Hey, *Die Kirchenprovinz Westfalen 1933–1945*, Bielefeld 1974, 226–231 einen Überblick. Zur Lage der Frauen unter nationalsozialistischer Herrschaft vgl. Jill Stephenson, *Women in Nazi Germany*, London 1975.

Sonderheit auf die evangelischen Frauengruppen übertragen. Die Quellenlage zwingt jedoch zu Differenzierungen: Damit ist vor allem die Feststellung v. Nordens gemeint, die Annäherung von Ev. Frauenwerk und Bekennender Kirche sei erst durch den „Angriff der radikalen Deutschen Christen auf die kirchliche *Lehre*“ [Hervorh. v. Vf.] ausgelöst worden<sup>85</sup>. Nun sollen die Einwirkungen des theologischen Richtungstreits keineswegs unterschätzt werden; man muß aber fragen, ob das, was für die Landeskirchen galt, auch auf ‚unterer Ebene‘ für die freien Werke der Inneren Mission und für den Verbandsprotestantismus insgesamt von gleich schwerwiegender Bedeutung gewesen ist. Die meisten dieser Anstalten und Organisationen befanden sich dank ihrer Rechtsform als eingetragene Vereine in einer günstigeren Ausgangsposition als die Kirchen selbst, in denen das DC-Kirchenregiment nach dem großen Wahlsieg in den Vertretungskörperschaften eine, wenn auch umstrittene, Legitimationsbasis besaß. Die Verbände dagegen konnten die Entwicklung zunächst in relativer Ruhe abwarten und – wie auch im Frauenwerk der Deutschen Ev. Kirche (DEK) zu beobachten – neutral bleiben. Erst als die Deutschen Christen damit begannen, in die Führungsgremien der Verbände einzudringen und nach dem Scheitern dieser Strategie, was die Frauenhilfe betrifft, Kreisverbände und Ortsvereine auf ihre Seite zu ziehen oder wenigstens zu spalten suchten, gab man die Neutralität auf und schlug sich offen auf die Seite der BK. Gegen die Vision der ‚totalen Kirche‘ im totalen Staat behauptete sich der deutsche Verbandsprotestantismus mit Hilfe seiner traditionell organisatorischen Unabhängigkeit von der verfaßten Kirche, eine Freiheit, deren Notwendigkeit seit dem 19. Jahrhundert oft genug in Frage stand, die sich jetzt aber unter den besonderen Bedingungen der heraufziehenden Diktatur bewährte.

Das Jahr 1933 verlief für die Frauenhilfe ohne größere Erschütterungen. Die Machtergreifung des Nationalsozialismus wurde allgemein vorbehaltlos begrüßt; zu Befürchtungen hinsichtlich der kontinuierlichen Weiterführung der Arbeit gab es zunächst wenig Anlaß. Dem Zuge der Zeit folgend, wurde aus dem ‚Gesamtverband‘ der Ev. Frauenhilfe im Februar des Jahres ein ‚Reichsverband‘, was seine Organisationsstruktur jedoch nicht grundlegend veränderte<sup>86</sup>. Erste Rückwirkungen des Kirchenkampfes auf die Frauenarbeit waren nurmehr zu ahnen, als der Reichsgeschäftsführer der Frauenhilfe, der deutsch-christlich orientierte Pfarrer Lic. Hans

<sup>85</sup> „Frauenbild und Widerstand“, in: Ders./Fritz Mybes, 7–29, 25.

<sup>86</sup> Beschluß der Hauptvorstandssitzung am 9. 2. 1933; die vorgenommenen Satzungsänderungen betrafen die Öffnung des Verbandes für außerpreußische und Frauenverbände der deutschsprachigen Diaspora, das Führerprinzip wurde erst später eingeführt; cf. *Frauenhilfe* 33 (1933), 85f. Am 6. 5. 1933 erkannte der DEKA den Reichsverband „als die kirchliche Frauengemeindeorganisation im Gesamtgebiet des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes“ ausdrücklich an; ebd., 179f.

Hermenau, im Juni 1933 von den Beauftragten des Reichsbischofs für die Innere Mission<sup>87</sup> zum „kommissarischen Bevollmächtigten für alle Frauenverbände der Evangelischen Kirche“ ernannt wurde<sup>88</sup>, ein Amt, das es zuvor nicht gegeben hatte und dessen Kompetenzen nicht näher definiert wurden. Hermenau plante – in Ausnutzung des allgemeinen Trends zur Zentralisierung – die Reichsfrauenhilfe zu der evangelischen Frauenorganisation überhaupt auszubauen, neben der es andere Verbände nicht mehr geben sollte<sup>89</sup>. An die Zerschlagung der Frauenhilfe dachten Hermenau und seine Hintermänner zu diesem Zeitpunkt nicht, aber eine spätere mögliche Überführung in einen der Reichskirche unterstellten, d. h. von ihr in jeder Beziehung abhängigen Dachverband wurde in Umrissen erkennbar<sup>90</sup>. Dafür sprechen auch die schon bald einsetzenden Planungen für das Frauenwerk der DEK, das im Juli 1933 die Nachfolge des bisherigen Dachverbandes ev. Frauenarbeit, der Vereinigung ev. Frauenverbände Deutschlands, antrat und als dessen „Eckpfeiler“ man sich die Frauenhilfe dachte<sup>91</sup>.

Wie zur Bekräftigung der Hoffnung, daß innerhalb der kirchlichen Neuordnung die Frauenhilfe unangetastet bleiben würde, übergab die Potsdamer Zentrale der Öffentlichkeit am 21. Juni einen Aufruf, der ein politisches Treuebekenntnis zur neuen Staatsführung enthielt, andererseits jedoch die kirchenpolitischen Kämpfe heftig kritisierte und zu Bittgottesdiensten „um die Einheit und den Frieden der Kirche“ aufrief. In einem für die Landesverbände bestimmten Anhang wurde außerdem mitgeteilt, daß die NS-Frauenschaft versichert habe, die Integrität kirchlicher Frauenarbeit nicht verletzen zu wollen<sup>92</sup>.

Auf Dauer konnte sich die Frauenhilfe den Veränderungen ihres kirchlichen bzw. gesellschaftlichen Umfeldes aber nicht entziehen. In Anpassung an die Verhältnisse beschloss der Hauptvorstand und Mitgliederversammlung am 11./12. Dezember 1933 eine neue Satzung, die nicht nur das Führerprinzip für die Frauenhilfe vorsah, sondern auch den „strafferen

<sup>87</sup> Es handelte sich um die DC-Pfarrer Karl Themel und Horst Schirmacher; cf. Martin Gerhardt, *Ein Jahrhundert Innere Mission*, Bd. 2, Gütersloh 1948, 351 ff.

<sup>88</sup> Nach Mybes I, 63.

<sup>89</sup> Das klang schon in seinem am 22. Juni vorgelegten Jahresbericht an, in dem es hieß, daß der Wunsch, in der Reichsfrauenhilfe „die gesamte deutsche evangelische Frauengemeindearbeit zusammenzuschließen“, allgemein verbreitet sei; vgl. *Frauenhilfe* 33 (1933), 265. Einen Monat später wurde er deutlicher, als er im *Boten für die Rheinische Frauenhilfe* schrieb: „... in Zukunft werden neben der Ev. Frauenhilfe keine anderen kirchlichen Frauenorganisationen Daseinsberechtigung haben“; 30 (1933), 343, zitiert nach Mybes I, 63.

<sup>90</sup> Um einer gesetzlichen Regelung nicht vorzugreifen, hatte die „Einstweilige Leitung der DEK“ am 23. 8. 1933 die Auflösung bestehender kirchlicher Vereine oder ihren Zusammenschluß zu neuen Gruppierungen untersagt; vgl. *Frauenhilfe* 33 (1933), 260.

<sup>91</sup> Ebd., 235.

<sup>92</sup> *LKABi*, Best. 0, 3, Nr. 53 Bd. II.

Einbau der Reichsfrauenhilfe in die neue Reichskirche“ ankündigte<sup>93</sup>. Die Folgen dieser Satzungsänderung und die Eingliederung der Reichsfrauenhilfe in das Frauenwerk der DEK unter ‚Reichsführerin‘ Agnes von Grone und dem neuen „Beauftragten der Reichskirchenregierung für das Frauenwerk“, Pfarrer Friedrich Klein<sup>94</sup>, ließen nicht auf sich warten: Die Jahre 1934/35 wurden zur großen Bewährungsprobe für die geistliche und organisatorische Unabhängigkeit der Frauenhilfe, eine Probe, die sie nur deshalb bestand, weil nach dem erzwungenen Ausscheiden von Hermenau die angeschlossenen Verbände und Ortsgruppen mit der Leitung bis hin zu Dagmar von Bismarck, der ‚Führerin‘ der Reichsfrauenhilfe, und Frau von Grone fest zusammenstanden und gemeinsam die massiven Einflußnahmeversuche des DC-Kirchenregiments zurückwiesen.

Diese Bemerkungen über die Entwicklung der Frauenhilfe auf Reichsebene sind notwendig zum Verständnis der Vorgänge in Westfalen<sup>95</sup>. Hier drängte seit dem Frühjahr 1934 das Konsistorium darauf, Bischof Adler und Frau Eleanor Liebe-Harkort/Hagen<sup>96</sup> in den Engeren Vorstand der Frauenhilfe zu wählen, um dadurch der Tatsache des – freilich angefochtenen – DC-Regiments in Münster Rechnung zu tragen<sup>97</sup>. Die wiederholten Vorstöße der Behörde blieben aber ohne Erfolg, weil sich die zahlenmäßige Schwäche der Deutschen Christen in Westfalen<sup>98</sup> auch in der Zusammensetzung der Leitungsgremien der Provinzialfrauenhilfe widerspiegelte. Das wurde erstmals offenkundig, als der weitere Vorstand am 29. Juni 1934 in Anwesenheit des neuen Reichsgeschäftsführers D. Lohmann mit 65 gegen 5 Stimmen seine innere Verbundenheit mit der Bekennenden Kirche erklärte, eine organisatorische Unterstellung unter die Anfang März

<sup>93</sup> „Damit stellt sich die Reichsfrauenhilfe auch organisatorisch voll und ganz auf den Boden des neuen Deutschland“, *Frauenhilfe* 33 (1933), 25.

<sup>94</sup> Zu Klein s. Kurt Meier, *Der evangelische Kirchenkampf*, Bd. I, Halle/S.-Göttingen 1976, 457–461.

<sup>95</sup> Als ergiebigste Quelle zur Geschichte der WFH in den Jahren 1934/35 erwies sich ein von Vikarin M. Haake verfaßter „Bericht der Westfälischen Frauenhilfe über die durch das Verhalten der D. C.-Arbeitsgemeinschaft und des Frauendienstes der D. E. K. mitentstandenen Schwierigkeiten und Kämpfe“ vom 24. 8. 1935 an Frau von Grone, den diese als Material für die Auseinandersetzung mit dem Anfang 1935 durch Hermenau gegründeten Frauendienst angefordert hatte. *LKABi*, Best. 13,1 Nr. 20 Fasc. 111.

<sup>96</sup> Eleanor Liebe-Harkort, geb. 1884 als Tochter des Reeders John Heidmann/Altona. 1904 Heirat mit W. F. C. Liebe-Harkort auf Harkorten b. Hagen-Haspe. Frühzeitiges Engagement in der Frauenhilfe, nach 1918 Mitglied der Kreis-, Provinzial- und schließlich der Preuß. Generalsynode. Seit 1929 Stadtvorordnete der DVP in Hagen. S. Eberhard Winkhaus, *Wir stammen aus Bauern- und Schmiedegeschlecht*, Görlitz 1932, 108f. Vgl. a. ihre fragmentarischen Aufzeichnungen „Nationalsozialismus und Nationalkirche“ vom Februar 1945, Bestand F. W. Bauks/Münster.

<sup>97</sup> Der „Bericht“ selbst nennt Mitte August 1934 als Termin eines Gesprächs, das P. Johanneswerth und Gräfin Plettenberg-Heeren im Konsistorium über dieses Thema führten.

<sup>98</sup> Dazu Hey, 67f.

gebildete westf. Bekenntnissynode aber ausdrücklich verwarf. Die unterlegenen DC-Frauenhilfsleiter gaben ihr ‚Bedauern‘ über diese Entschließung zu Protokoll und qualifizierten sie als „Abgleiten in kirchenpolitische Erörterungen“<sup>99</sup>. Genau das aber war der Punkt: Ging es nur um solche Streitigkeiten, so war die BK lediglich Partei mit bestimmten kirchenpolitischen Optionen; ihr Anspruch, anders als ihr Widerpart fest „auf dem Boden von Bibel und Bekenntnis“ zu stehen<sup>100</sup>, wäre damit genauso relativiert worden wie ihr Vorwurf an die Gegenseite, diese arbeite mit unlauteren Mitteln, um die Organisation in die Hand zu bekommen. Auf die Frauenhilfe bezogen hieß dies, daß eine mögliche Spaltung des Provinzialverbandes von ihr selbst wegen der einseitigen BK-Ausrichtung zu verantworten sein würde. Auf einer weiteren Sitzung Anfang August beilte sich der Vorstand der WFH denn auch, die Neutralität in verbandspolitischer Hinsicht noch einmal ausdrücklich zu versichern; diese werde durch das Ja zu dem theologischen Anliegen der BK nicht berührt: „Die Entschließung [v. 29. VI. 1934] soll die nicht trennen, die in der Arbeit unserer Frauenhilfe verbunden stehen, sondern zur Besinnung rufen auf die Grundlage, auf der auch in Zukunft unsere Arbeit zum Segen der Gemeinde getan werden muß“<sup>101</sup>.

Wenn dies ein Angebot zur Zusammenarbeit mit den Deutschen Christen sein sollte, so wurde es dort jedenfalls nicht so verstanden; schließlich hätte man sich hier – wie weiter unten deutlich wird – mit dem bloßen Bekenntnis zum Organisationspluralismus auch nicht zufriedengegeben. Und selbst die Wahl von Adler und Frau Liebe-Harkort in den Vorstand wäre wohl nur der Auftakt zu weitergehenden Forderungen bis hin zur endlichen Majorisierung des Provinzialverbandes durch die DC-Fraktion gewesen. Auch die Verantwortlichen in Soest dürften erstlich an Kooperation nicht gedacht haben; aus eher verbandstaktischen Erwägungen waren sie darauf bedacht, sich keine Blöße zu geben und ihre Gegner hinzuhalten<sup>102</sup>.

Diese blieben indessen nicht untätig und rührten fleißig, so gut es ihnen angesichts ihrer schmalen Personaldecke eben nur möglich war, die Werbetrommel. Am 18. Oktober des Jahres fand in Hamm in Anwesenheit der Konsistoriumsmitglieder Koch, Dr. Siebold und Krause eine Konferenz der

<sup>99</sup> Protokollauszug der Sitzung des Weiteren Vorstands vom 29. 6. 1934; vgl. den in Anmerkung 95 genannten „Bericht“, Anlage 1.

<sup>100</sup> Ebd.

<sup>101</sup> Protokollauszug der Sitzung des Engeren Vorstands vom 3. 8. 1934, ebd., Anlage 2.

<sup>102</sup> Dieses Vorgehen sollte sich binnen kurzem als überaus erfolgreich erweisen: Als der Reichsbischof mit zwei Verordnungen vom 20. 11. 1934 de facto auch in Westfalen den alten Provinzialkirchenrat und die Provinzialsynode, in denen die DC keine Mehrheit hatten, wieder in ihre Rechte einsetzte, war die Ära Adler zu Ende; vgl. Hey, 98 ff.

deutsch-christlich orientierten Frauengruppen statt, an der 200 Personen teilnahmen und das weitere Vorgehen berieten<sup>103</sup>. Frau Liebe-Harkort erklärte, man wolle „positive Arbeit“ tun und sei nicht darauf aus, innerhalb der WFH besondere DC-Frauengruppen zu bilden. Es gelte aber, die Frauenhilfe zum Rückzug aus der Kirchenpolitik zu bewegen und ihren eigentlichen Aufgaben wieder zuzuführen: „dem deutschen Volke Christus zu bringen und nicht zu einer Partei, der Bekenntnissynode oder den D. C. überzugehen“. – Nun war das Gros der Versammelten selbst in sehr dezidiert Weise Partei, und zu diesen ‚friedlichen‘ Absichten paßte es schlecht, wenn die Vertreter des Konsistoriums versuchten, den pensionierten Generalsuperintendenten Zoellner als Gewährsmann für sich zu reklamieren<sup>104</sup>. Selbst die Krankheit des seit einiger Zeit dienstunfähigen Geschäftsführers Johanneswerth<sup>105</sup> mußte als Indiz für den Vorwurf erhalten, daß sich Soest erst während seiner Abwesenheit in bedenklicher Einseitigkeit an die BK angelehnt habe. – Die weitere Entwicklung zeigt, daß es sich dabei um bloße Unterstellungen handelte, die einen Keil zwischen die leitenden Männer und Frauen des Provinzialverbandes treiben sollten und die ihr Ziel deshalb verfehlten, weil sich sowohl Zoellner als auch Johanneswerth wenig später uneingeschränkt auf die Seite der Soester Zentrale stellten<sup>106</sup>. In verwirrendem Kontrast zu diesem Vorgehen stand der Inhalt einer von den Teilnehmern der Konferenz schließlich verabschiedeten Resolution, die ihrem sachlichen Gehalt nach auch von Vertretern der BK hätte unterschrieben werden können<sup>107</sup>. In ihr hieß es in Ergänzung der drei Forderungen nach unbedingter kirchenpolitischer Neutralität der gesamten Frauenhilfe, nach engster Kooperation zwischen

<sup>103</sup> „Bericht über die Sitzung in Hamm am 18. 10. 1934 im Hotel Feldhaus“; Anlage 5 zum „Bericht“, a. a. O. Zur BK-Richtung gehörenden Frauen scheinen außer der Bielefelder Stadtverbandsvorsitzenden, Frau Lina Halbrock, nicht dabei gewesen zu sein; vermutlich stammt das inoffizielle Protokoll von Frau Halbrock.

<sup>104</sup> Zoellner und seine Freunde würden sich „bedankt“ haben, hätte man ihnen bei der Gründung der Frauenhilfe vorausgesagt, diese würde einmal als „machtpolitisches Instrument“ mißbraucht werden; so Konsistorialrat Koch, ebd.

<sup>105</sup> Johanneswerth war in der Tat schwer erkrankt und erhielt im Oktober mit Pastor Paul Dahlkötter aus Lippstadt einen ständigen Vertreter; vgl. das Kurzprotokoll der Sitzung des Engeren Vorstands vom 24. 10. 1934 in Dortmund; *LKABi*, Best. 13, 1 Nr. 20 Fasc. 98. – Im Februar trat Johanneswerth sein Amt wieder an und verfaßte als erstes einen Rundbrief, in dem er sich implizit durch eine klare Abgrenzung gegenüber den Deutschen Christen von der Unterstellung distanzierte, der Vorstand habe während seiner Abwesenheit gegen seinen Willen den Neutralitätskurs aufgegeben; cf. Rundbrief. vom 8. 2. 1935, als Anlage Nr. 10 des „Berichts“, a. a. O.

<sup>106</sup> Ebd.; Zoellner war am 24. 10. in Dortmund anwesend, als der Vorstand mit seiner ausdrücklichen Billigung die später als *Soester Erklärung* bekanntgewordene Resolution beschloß; vgl. den „Bericht über die Sitzung des Weiteren Vorstand am 26. 10. 1934“, *LKABi*, Best. 13, 1 Nr. 20 Fasc. 98. Allerdings ist hier von der Anwesenheit Zoellners am 23. 10. die Rede, was auf einem Schreibfehler beruhen dürfte.

<sup>107</sup> Vgl. den in Anmerkung 95 genannten „Bericht“, Anlage 6.

Frauenhilfe und Deutschem Frauenwerk und nach Berufung von Adler und Liebe-Harkort in den Vorstand:

- „1. [...] Über Recht und Unrecht im Kirchenstreit kann keine Frauenhilfe, geschweige denn die einzelne Frau entscheiden. In Fragen der Kirchenpolitik mögen wir uneins sein. Einig sind wir im Willen zur Arbeit an den Frauen der Gemeinde auf dem Boden von Bibel und Bekenntnis.
2. [...] Über alle Spannungen und Schwierigkeiten hinweg muß mit der N. S.-Frauenschaſt und allen anderen Organisationen des Deutschen Frauenwerks freudig zusammengearbeitet werden.
3. [...] Nur so kann absolute Einseitigkeit vermieden werden, die sonst der Tod des von uns mitgeschaffenen und mitgetragenen Werkes der Frauenhilfe sein würde.“

Hier wird die Doppelstrategie erkennbar, mit der sich die Deutschen Christen innerhalb der WFH Einfluß verschaffen wollten: Neben durchsichtigen Spaltungsmanövern, die auf die Organisationsstruktur des Provinzialverbandes zielten, trat das Bemühen, der Mitgliedschaft mit Hilfe derartiger Resolutionen den Eindruck zu vermitteln, als seien die theologischen Differenzen wenn überhaupt minimal, und die Grundlage aller Frauenhilfsarbeit „auf dem Boden von Bibel und Bekenntnis“ bleibe unangetastet. Die DC aber wollten eine Frauenhilfe ‚über den Parteien‘ und seien deshalb die besseren Hüter der Einheit und Tradition der WFH.

Die scharfe Absage an die Richtung Liebe-Harkort/Niemann, wie sie in der *Soester Erklärung* zum Ausdruck kommt<sup>108</sup>, ist nicht allein als Antwort auf die Hammer Konferenz zu verstehen; auch im Reich war in diesen Monaten einiges geschehen, das eine klare Stellungnahme der Provinzialverbände nötig machte. Am 15. September 1934 hatte Agnes von Grone im Namen des Frauenwerks der DEK ein Protestschreiben an Reichskanzler und Reichsbischof mitunterzeichnet, in dem zur Rücknahme der kirchlichen Zwangsmaßnahmen und zur Beendigung des Kirchenstreits aufgefordert wurde<sup>109</sup>. Verfasser waren die Gründungsmitglieder der sich bildenden BK-Gruppierung innerhalb der Inneren Mission, die sich ‚Arbeitsgemeinschaft der missionarischen und diakonischen Werke und Verbände der Deutschen Evangelischen Kirche‘ nannte und als deren Sprecher v. Bodelschwingh/Bethel, Graf v. Lüttichau/Kaiserswerth und Missionsdirektor Knak/Berlin fungierten<sup>110</sup>. Der Reichsbischof versuchte daraufhin, in einer obskuren telegraphischen Aktion, deren Rechtsgültigkeit nie

<sup>108</sup> Dazu s. weiter unten.

<sup>109</sup> *Archiv des Diakonischen Werkes*, Berlin (ADW), CA Nr. 2240; abgedruckt bei Mybes I, 77f.

<sup>110</sup> Zur Geschichte dieser Arbeitsgemeinschaft vgl. den kurzen Abriß bei Mybes, „Die Arbeitsgemeinschaft der missionarischen und diakonischen Werke und Verbände in der Deutschen Evangelischen Kirche. Auch ein Kapitel in der Geschichte der Ev. Frauenhilfe“, in: G. v. Norden/Ders., *Evangelische Frauen im Dritten Reich*, 31–45. – Der offizielle Anschluß des Frauenwerks der DEK an die Arbeitsgemeinschaft erfolgte erst am 5. 11. 1934; s. J. Beckmann (Hrsg.), *Briefe zur Lage der Evangelischen Bekenntnissynode im Rheinland Dezember 1933 bis Februar 1939*, Neukirchen-Vlyn 1977, Brief Nr. 26, S. 183f.

geklärt wurde, Frau v. Grone abzusetzen und gleichzeitig der Frauenhilfe mit Oberkirchenrat Birnbaum einen ‚Aufpasser‘ zur Seite zu stellen<sup>111</sup>.

So war die Situation, als der Engere Vorstand der WFH am 24. Oktober in Dortmund zusammentrat, um das weitere Vorgehen abzustimmen. Nach eingehender Beratung verabschiedeten die Anwesenden die dann als *Soester Erklärung* bekanntgewordene Entschließung, mit der sich die Frauenhilfe gleichermaßen von ihrem DC-Flügel wie von den Kirchenleitungen in Münster und Berlin lossagte. Die Wahl von Adler und Liebe-Harkort<sup>112</sup> in die Spitze der Frauenhilfe wurde endgültig verworfen, weil sie die „Anerkennung des deutsch-christlichen Kirchenregiments bedeutet“ hätte. Abschließend erklärte der Engere Vorstand<sup>113</sup>:

„A. die Bindung an das derzeitige Kirchenregiment in Münster ist die Bindung an ein sich auf Macht und Gewalt stützendes ‚D.C.-Partei-Kirchenregiment‘. Wir lehnen es ab, eine solche Bindung einzugehen, und fordern unsere evang. Frauenhilfen Westfalens auf, diesem unserem Schritt zuzustimmen und Weisungen für die Arbeit allein von uns entgegenzunehmen.

B. Wir halten die Treue allen denen, die sich mit uns verbunden wissen im Dienst am Bau der Kirche allein auf *dem* Grunde von Schrift und Bekenntnis, auf den sich die Bekenntnissynode der D. E. K. gestellt hat.

C. Wir erkennen in Übereinstimmung mit der Reichsfrauenhilfe die Absetzung der Frau von Grone nicht an, stellen uns einmütig hinter sie als Reichsführerin des Frauenwerkes der Deutschen Evang. Kirche und geloben ihr Treue um Treue.“

Zwei Tage nach dieser denkwürdigen Sitzung wurde das Dortmunder Ergebnis in allen Punkten durch den Erweiterten Vorstand mit überwältigender Mehrheit bestätigt<sup>114</sup>. Die anwesenden Vertreter der DC-Opposition hatten dem nichts entgegenzusetzen und flüchteten sich in die Kritik an Stilfragen<sup>115</sup>. Als einer von ihnen – Pastor Schneider aus Herscheid – es

<sup>111</sup> Diese Informationen enthält ein anderes Protestschreiben, das Lic. Meta Eyl und Dagmar v. Bismarck im Auftrag von Frauenwerk und Reichsfrauenhilfe am 19. 10. 1934 an den Reichsbischof richteten; cf. ADW, CA Nr. 401 III/3, abgedruckt bei Mybes I, 72f. – Der Ernennung Birnbaums kam zugute, daß D. Lohmann erkrankt war und sein Amt nicht ausüben konnte; Schreiben Birnbaums an die Reichsfrauenhilfe vom 16. 10. 1934, *Ev. Zentralarchiv Berlin* (EZA) C 3/183. In seinen Memoiren, *Zeuge meiner Zeit, Aussagen zu 1912–1972*, Göttingen-Frankfurt-Zürich 1973 geht Birnbaum auf diese Episode nicht ein.

<sup>112</sup> Inzwischen hatte Frau Liebe-Harkort auch ihr Amt als Führerin des Westfälischen Frauenwerks der DEK verloren, weil sie anlässlich der Einführung des Reichsbischofs am 23. 9. 1934 zusammen mit 2000 Deutschen Christen aus Westfalen nach Berlin gefahren war und dort in einer Grußadresse an den Reichsbischof „als Vertreterin kirchlicher Frauenarbeit“ gesprochen hatte, obwohl sie dazu kein Mandat besaß; vergl. Dies., „Nationalsozialismus und Nationalkirche“, a. a. O.

<sup>113</sup> LKABi, Best. 13, 1 Nr. 20 Fasc. 98; auch abgedruckt bei Mybes I, 74.

<sup>114</sup> „Bericht über die Sitzung des Weiteren Vorstandes am 26. 10. 1934“; a. a. O., Fasc. 98.

<sup>115</sup> Die Pfarrer Leich/Bochum-Harpen, Schneider/Herscheid und Röttger/Schwelm kritisierten vor allem ‚den erregten Ton‘, der die Vorstandssitzung der WFH kennzeichne, und riefen zu friedlichem Miteinander von Deutschen Christen und BK-Anhängern in der Frauenhilfe auf. Pastor Gronemeyer/Gütersloh entgegnete darauf: „Wer auf der D.C.-Seite steht, hat nicht

wagte, die Hammer Resolution zur Abstimmung zu stellen, wurde der Antrag mit 71:5 Stimmen abgelehnt.

Die wenigen überlieferten Reaktionen aus den Einzelfrauenhilfen zeichnen ein etwas differenzierteres Bild<sup>116</sup>: Man kann die negativen Voten in drei Gruppen unterteilen, die, ohne repräsentativ zu sein, doch einen gewissen Trend erkennen lassen. Danach gab es Frauenhilfen, denen die Wahrung des Friedens und der Einheit oberstes Gebot war und die sich deshalb gegen die ja gewiß Partei ergreifende Soester Linie wandten. Andere Gruppen argwöhnten, im Nein zu den Deutschen Christen sei im Grunde das Nein zum Dritten Reich enthalten, und die übrigen Vereine vermischten die Argumente der beiden anderen Richtungen: geistliche Besinnung und soziales Tun sollten die Einheit der Frauenhilfe sichern und zugleich Teilhabe am Aufbau der als ‚christlich‘ mißverstandenen nationalsozialistischen Volksgemeinschaft ermöglichen.

Als Zwischenergebnis ist noch einmal festzuhalten, daß die Erklärung vom 24. Oktober faktisch den Bruch mit der DC-Opposition und den von ihr gestellten Kirchenregierungen in Münster und Berlin vollzog. Das war für die Frauenhilfe als eingetragener Verein weit weniger risikoreich als für die Pfarrer und Gemeinden, die sich als Beamte und Körperschaften vor diesen Leitungen zu verantworten hatten. Die Weigerung vieler Bekenntnischristen auch in Westfalen, dem herrschenden Kirchenregiment Gehorsam zu leisten, konnte anders als das Verhalten der protestantischen Verbände sehr wohl als Rechtsbeugung interpretiert werden, was bekanntlich auch mit den entsprechenden Konsequenzen geschah. Daß sich die DC-Kirchenführer nicht lange würden halten können, war in der damaligen Situation nicht vorherzusehen. Fürchten mußte sich der Verbandsprotestantismus und mit ihm die Frauenhilfe nicht vor deutsch-christlich besetzten Konsistorien, sondern vor staatlichen Repressalien und der möglichen Gleichschaltung oder gar Auflösung seiner Organisationen. Das wußten die Deutschen Christen, und die Radikalen unter ihnen zögerten nicht, mit Verdächtigungen über politische Unzuverlässigkeit ihre innerkirchlichen Gegner bei den Vertretern des totalen Staates zu diskreditieren.

Der Provinzialvorstand der WFH ließ es mit der *Soester Erklärung* nicht bewenden, sondern begann nun damit, die deutsch-christlichen Fraktionsbildungen systematisch zurück- und aus der Frauenhilfe herauszudrängen. Noch im November 1934 sprachen der Engere Vorstand und die Konferenz der Kreis- bzw. Stadtverbandvorsitzenden das Vorgehen im einzelnen ab<sup>117</sup>. Danach sollte den Mitgliedern der jeweiligen Vorstände auf Orts-

mehr das Recht von Frieden zu reden nach dem, was sich seit 1 1/2 Jahren zugetragen und die Gemeinden zerrissen hat. ‚Liebe Freunde von den Deutschen Christen, der Kampf geht um Christus, es geht um Klarheit, da ist keine Zeit zur Sentimentalität.‘ Ebd.

<sup>116</sup> Ebd. Weitere Stellungnahmen finden sich a. a. O., Fasc. 109.

<sup>117</sup> Vgl. die vertrauliche Aufzeichnung über die Absprachen, a. a. O., Fasc. 98.

Kreis- und Stadtverbandsebene, die sich nicht zu Soest bekannten, für den Fall, daß eine zur Zentrale stehende Mehrheit vorhanden wäre, bedeutet werden, daß sie sich „außerhalb der für Arbeit und Werk der Frauenhilfe maßgebenden Grundlagen“ gestellt hätten und deshalb nicht länger Mitglieder sein könnten. Ausschlußverfahren plante man auch gegen unbotmäßige DC-Bezirksfrauen, „die durch ihr Benehmen ‚zersetzend‘“ wirkten, jedoch erst dann, „wenn eine seelsorgerliche Besprechung der Vorsitzenden mit [ihnen] ergebnislos verlaufen“ sei<sup>118</sup>. Dort, wo Mehrheiten für Soest nicht zu erwarten waren, sollten die bekenntnistreuen Mitglieder sich „innerhalb der Ortsgruppen absondern und als *die* Frauenhilfe weiterhin ansehen“. Der wieder genesene Pastor Johanneswerth unterstrich diesen harten Kurs, als er im Februar 1935 offen erklärte, er sehe keine Möglichkeit für ein Miteinander der divergierenden Flügel mehr. In diesem Zusammenhang prägte Johanneswerth die ‚salvatorische Formel‘ von der notwendigen Trennung „um der Liebe und des Friedens willen“; künftig solle Frauenhilfsarbeit „in friedlicher Nachbarschaft“ getan werden<sup>119</sup>. Ein weiterer Rundbrief sagte es schließlich noch deutlicher und stellte allen denen, die sich zur Unterzeichnung der Erklärung vom 24. Oktober noch nicht durchringen konnten, ein Ultimatum bis zum 15. 3. 1935; andernfalls hätten sie sich, ob Frauenhilfen oder Einzelmitglieder, als aus der WFH ausgeschieden zu betrachten<sup>120</sup>.

Der Erfolg dieser rigoristischen Taktik zeigte sich rasch. Am 18. März konnte der Geschäftsführer dem Engeren Vorstand berichten, daß von den 780 Frauenhilfsgruppen der Provinz nur 40 die *Soester Erklärung* nicht unterschrieben hätten; darunter sei eine Reihe von Vereinen, die Mitglied des Landesverbandes bleiben wollten und es nur ablehnten, sich in der geforderten Weise kirchenpolitisch zu exponieren<sup>121</sup>.

<sup>118</sup> Einfache Mitglieder, die sich in bekenntnistreuen Frauenhilfen zu den Deutschen Christen hielten, wollte man dagegen nicht ausschließen und nur seelsorgerlich betreuen.

<sup>119</sup> Rundbrief vom 8. 2. 1935; Anlage 9 des „Berichts“ von Vikarin Haake, a. a. O. – Zuvor hatte sich der vorsichtige Johanneswerth freilich rückversichert und bei Rechtsanwalt Dr. Mensing/Elberfeld ein Gutachten in Auftrag gegeben „über die rechtlichen Möglichkeiten, die bestehen, wenn der Beschluß des Weiteren Vorstandes der Westfälischen Frauenhilfe vom 26. 10. 1934 [...] in den örtlichen Vereinen keine Anerkennung findet“. Mensing empfahl in dem bereits am 31. 10. 1934 fertiggestellten Gutachten u. a., eine schriftliche Befragung der angeschlossenen Vereine durchzuführen, im übrigen die *Soester Erklärung* aber durch eine Mitgliederversammlung bestätigen zu lassen. Letztere scheint jedoch nicht stattgefunden zu haben; a. a. O., Fasc. 109.

<sup>120</sup> Rundbrief vom 21. 2. 1935; Anlage 10, a. a. O. Im gleichen Schreiben wurde Frau Lieberharkort bescheinigt, „daß wir sie nicht mehr als zu uns gehörend ansehen können“. Bereits im November des Vorjahres hatte sie in Hagen-Haspe ihre Ämter in der örtlichen Frauenhilfe niedergelegt; vgl. die Mitteilung von Pastor Kratzenstein vom 24. 11. 1934 an den Provinzialverband; *LKABi*, Best. 13, 1 Nr. 20 Fasc. 98.

<sup>121</sup> Anlage 11, a. a. O. Ausgeschlossen wurden die Frauenhilfen Paulus-Ost/Dortmund, Berchum und Weidenau. Vgl. a. Anmerkung 138: Danach gehörten Anfang Februar 1936 nur 17 Frauenhilfen zum ‚harten Kern‘ der DC-Fronde.

Auch die Gegenseite gab sich trotz ihrer offensichtlichen Unterlegenheit nicht geschlagen, sondern versuchte weiterhin, auf verschiedenen Wegen Anhänger zu gewinnen. Zunächst ging man daran, eine organisatorische Basis für die westfälischen Frauenhilfs-DC-Gruppen zu schaffen. Am 4. Februar wurde in Hagen die Bildung einer ‚Arbeitsgemeinschaft der treu zur Reichskirche stehenden Frauenhilfsleiterinnen und -leiter in Westfalen‘ unter Führung von Frau Liebe-Harkort und Pastor Niemann beschlossen und in einem gleichzeitig verabschiedeten 12-Punkte-Programm das weitere Vorgehen nahezu generalstabsmäßig festgelegt<sup>122</sup>: Die Pressearbeit sollte intensiviert und ein regelmäßiger Informationsdienst eingeführt werden. Gleichzeitig rief man die Mitglieder dazu auf, „alle Ereignisse, Gewaltakte und Terrormaßnahmen [...] in der Westfälischen Frauenhilfe zusammenzustellen“ und in geeigneter Weise allen Mitgliedern zugänglich zu machen. Die Bitte um Spenden für die neue Arbeitsgemeinschaft korrespondierte mit der Aufforderung, alle dem Provinzialvorstand etwa gewährten Darlehen zu kündigen, da Soest der Arbeitsgemeinschaft „feindselig“ gegenüberstehe. Merkwürdigerweise wollte man sich von der Zentrale aber organisatorisch nicht lösen. Ausdrücklich erklärte die Versammlung, die Bildung der Arbeitsgemeinschaft bedeute „nicht die Trennung von der Westfälischen Frauenhilfe“; eine solche lehne man ab<sup>123</sup>.

Man wird dies dahingehend interpretieren müssen, daß für die unausweichliche Spaltung des Provinzialverbandes oder besser für die organisatorische Absplitterung der DC-Fraktion Soest allein verantwortlich gemacht werden sollte, womit sich das Bekenntnis zur Einheit als lediglich taktischer Vorbehalt erwies. Die wütende Reaktion der Richtung Liebe-Harkort – Niemann auf das diese Strategie durchkreuzende Ultimatum von 21. Februar<sup>124</sup> demonstrierte ein weiteres Mal, daß man sich mit der WFH nur noch Scheingefechte lieferte und in Wirklichkeit längst zur Gründung eines eigenen Verbandes entschlossen war<sup>125</sup>.

Inzwischen hatte der rührige Pastor Hermenau, der nach dem Rückzug der kommissarischen Beauftragten des Reichsbischofs für die Innere Mission auch sein Amt als Bevollmächtigter für die Frauenverbände der

<sup>122</sup> Anlage 8 zum „Bericht“, a. a. O.

<sup>123</sup> Ebd.

<sup>124</sup> Vgl. o. Anmerkung 120.

<sup>125</sup> Rundschreiben Nr. 3 der ‚Arbeitsgemeinschaft‘ vom 25. 2. 1935, vgl. Anlage 12 zum „Bericht“, a. a. O. Niemand könne der Ag. die Existenzberechtigung streitig machen, „erst recht nicht mit der ebenso traurigen wie lächerlichen Begründung, daß wir uns ‚aufs neue zur Gefolgschaft gegen das Bekenntnis- und rechtswidrige Kirchenregiment verpflichtet‘ hätten“. Der Soester Kurs sei ein „Verbrechen“ an der Frauenhilfe und werde sie zerstören. Das Schreiben schloß mit dem pathetischen Aufruf: „Lassen Sie uns alle weiter fest zusammenhalten in der Abwehr des Geistes der Zwietracht und der Lüge, noch mehr aber in dem Willen, auch und gerade im neuen Deutschland den Frauen unseres Volkes zu dienen am Evangelium in treuer Kampfgemeinschaft. Heil Hitler!“

DEK aufgeben mußte und nun als Gemeindepfarrer in Potsdam-Heiliggeist wirkte, mit Hilfe des Reichsbischofs den Versuch unternommen, einen nach deutsch-christlichen Maximen operierenden *Frauendienst* der DEK in Konkurrenz zum *Frauenwerk* der DEK ins Leben zu rufen. Zu diesem Zweck ernannte ihn Ludwig Müller am 25. 2. 1935 zum „Referenten der Deutschen Evangelischen Kirchenkanzlei für das Frauenwerk der Deutschen Evangelischen Kirche“; alle die kirchliche Frauenarbeit betreffenden Verhandlungen seien mit ihm abzustimmen<sup>126</sup>. Ganz sicher war der Reichsbischof seiner Sache freilich nicht: In einem Schreiben an Hermenau wies er ausdrücklich darauf hin, daß die Ernennung „unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs“ erfolgte<sup>127</sup>, und in einer internen Anweisung war gar nur von der „vorübergehenden kommissarischen Wahrnehmung des Referats Frauenwerk“ durch Hermenau die Rede<sup>128</sup>. Zur Vorsicht hatte Müller allen Grund, denn als Leiterin des Frauenwerks fungierte noch immer Agnes von Grone, die zwar mit Wirkung vom 16. 2. 1935 abgelöst worden war<sup>129</sup>, die sich aber schon einmal erfolgreich der Amtsenthebung durch den Reichsbischof widersetzt hatte und auch jetzt nicht daran dachte, als Reichsführerin des Ev. Frauenwerks zurückzutreten, zumal die angeschlossenen Verbände einmütig hinter ihr standen<sup>130</sup>.

Es sieht danach aus, als sei die Gründung des Frauendienstes schon bei der Berufung Hermenaus beschlossene Sache gewesen, obwohl die Neugründung selbst in einer offiziellen Verlautbarung des Reichsbischofs erstmals am 25. 4. 1935 erwähnt wird: In einem Aufruf im *Gesetzblatt der Deutschen Evangelischen Kirche*<sup>131</sup> warb Müller für den Frauendienst mit dem Argument, das Ev. Frauenwerk habe sich „von der gesetzmäßigen Deutschen Evangelischen Kirche (Reichskirche) gelöst und auf die Seite der ‚bekennenden Kirche‘ gestellt. Damit [sei] die bewährte Linie evangelischer Frauenarbeit verlassen und die notwendige kirchenpolitische Neutralität aufgegeben“ worden.

In Westfalen beteiligte sich der DC-Flügel der Frauenhilfe frühzeitig an den Vorbereitungen zur Konstituierung des Frauendienstes. Es war gewiß kein Zufall, wenn die ‚Arbeitsgemeinschaft der treu zur Reichskirche stehenden Frauenhilfsleiterinnen und -leiter‘ am gleichen Tage, an dem der Aufruf Müllers erschien, ihren Mitgliedern in einem Rundschreiben

<sup>126</sup> Der Reichsbischof an die obersten Kirchenbehörden vom 25. 2. 1935; vgl. die Personalakte Hermenaus, *EZA C 1/30*, abgedruckt bei Mybes I, 102.

<sup>127</sup> Handschriftlicher Entwurf eines Schreibens von Müller an Hermenau vom 24. 1. 1935, cf. die Personalakte a. a. O.

<sup>128</sup> Kirchenkanzlei an Kirchenkasse vom 30. 1. 1935; danach erhielt H. lediglich eine Unkostenpauschale von 60 Mark monatlich und die Erstattung der Fahrtkosten nach Berlin; ebd.

<sup>129</sup> Vgl. das Rundschreiben der Reichsfrauenhilfe vom 9. 4. 1935, das diese Information enthält; *ADW CA 401 III/4*, abgedruckt bei Mybes I, 76.

<sup>130</sup> Ebd.

<sup>131</sup> 1935, Nr. 15, S. 47.

mitteilte, man habe sich als Landesverband dem Frauendienst angegliedert<sup>132</sup>. Mit der Unterstellung des Ev. Frauenwerks unter das „illegale[.] Kirchenregiment (Marahrens-Koch)“ sei es „für uns nicht mehr vorhanden“. Der Frauendienst stelle jedoch keine neue Organisation dar, sondern setze „nur die alte Linie evangelisch-kirchlicher Frauenarbeit“ fort. Die mit der Konstituierung des Frauendienstes zusammenhängenden Probleme wurden nicht verschwiegen: Gerade in Westfalen leiste man „auf vorgeschobene[m] Posten Pionierdienste“. Trotz aller Schwierigkeiten wisse man sich auf dem richtigen Weg, einem Weg, „der allein für die Arbeit an den Frauen der Deutschen Evangelischen Kirche in die Zukunft führt“<sup>133</sup>.

Diese selbstgewisse Zuversicht und Hoffnung auf die Entwicklung des Frauendienstes zu einer machtvollen Alternative zum Ev. Frauenwerk sollte sich nicht erfüllen. Obgleich auch in Westfalen die zum Teil in heftiger Form geführten Auseinandersetzungen zwischen Frauendienst und Provinzialverband anhielten<sup>134</sup>, gelang ersterem weder hier<sup>135</sup> noch auf Reichsebene der Durchbruch. Es hieße den Rahmen dieser Skizze sprengen, auf die fortdauernden Kämpfe im einzelnen einzugehen, die jedoch an Schärfe und Bedrohlichkeit für das Ev. Frauenwerk verloren, als der Reichskirchenausschuß im Herbst des Jahres 1935 die Leitung der DEK übernahm und Hermenau Mitte November seines Postens enthob<sup>139</sup>. Außerdem anerkannte der Reichskirchenausschuß das Ev. Frauenwerk im

<sup>132</sup> Rundschreiben Nr. 7 vom 25. 4. 1935; Anlage 13 des „Berichts“ von Vikarin Haake, a. a. O. Danach hatte Hermenau Anfang April Westfalen bereist und am 10., 11. und 12. 4. in Hagen, Gelsenkirchen und Bielefeld für den Frauendienst geworben. Nach der Sondierung des Terrains auch in den übrigen preußischen Provinzen und anderen Ländern fand am 15./16. 4. in Potsdam die erste Reichstagung des Frauendienstes statt.

<sup>133</sup> Ebd.

<sup>134</sup> Vgl. etwa das „Merkblatt für unsere Mitglieder“ des Provinzialverbandes; *LKABi*, 03 Nr. 53 Bd. I und als Reaktion darauf den Bericht des DC-Blattes *Sonntagsfreund*/Gelsenkirchen vom 25. 8. 1935. S. a. *Evgl. Nachrichten aus dem Kirchenkreis Recklinghausen* vom 23. 6. 1935, als Anlage 15 des „Berichts“, a. a. O.

<sup>135</sup> Der Bericht von Vikarin Haake resümiert, „ein abschließendes Urteil“ über den Frauendienst lasse sich derzeit noch nicht abgeben. „Doch dürfte aus diesem Bericht deutlich geworden sein, daß der Frauendienst ebenso wie sein Vorläufer in Westfalen, die Hagener Arbeitsgemeinschaft, in unserer Provinz zwar an einzelnen Orten die Arbeit der Westf. Frauenhilfe in schmerzlicher Weise stören kann, daß aber aufs Ganze gesehen, er nicht dem großen gesegneten und in sich geschlossenen Dienst der Westf. Frauenhilfe für Kirche und Volk Abbruch zu tun vermag.“ Ebd.

<sup>136</sup> Am 13. 11. 1935 schrieb der Reichskirchenausschuß an Hermenau: „Wir haben beschlossen, den Ihnen s. Zt. erteilten Auftrag zu Ihrer vorübergehenden Dienstleistung in der Verwaltung der D.E.K. zu beenden.“ Schon vorher hatte ihm die Kirchenkanzlei durch Dr. Werner mitteilen lassen, sein Auftrag hinsichtlich des Frauendienstes sei „vorläufig suspendiert“. Auf die wiederholte Forderung Hermenaus nach einer Begründung für seine Ablösung antwortete der Reichskirchenausschuß nicht; vgl. Personalakte Hermenau, a. a. O. S. a. Rundschreiben der Reichsfrauenhilfe vom 18. 11. 1935; *LKABi*, Best. 13,1 Nr. 20 Fasc. 5.

Juli 1936 ausdrücklich als alleinigen Dachverband kirchlicher Frauenarbeit und nahm es „in die fördernde Obhut der Deutschen Evangelischen Kirche“<sup>137</sup>. Damit scheint der Frauendienst zu einer unbedeutenden Randgruppierung herabgesunken zu sein. Auch der beispiellose Aktionismus vor allem seiner westfälischen Mitglieder konnte diese Entwicklung nicht aufhalten<sup>138</sup>. Ein harter Schlag für den Frauendienst war 9 Monate später der Austritt Hermenaus aus der Reichsbewegung Deutsche Christen und sein Anschluß an die nationalkirchlich orientierten Thüringer DC im August 1936<sup>139</sup>.

Es ist hier ebenfalls nicht der Ort, auf die Neugliederungsversuche des Reichskirchenausschusses für das Evangelische Frauenwerk einzugehen<sup>140</sup>. Die uns vornehmlich interessierenden *innerkirchlichen* Kämpfe verloren, wie gesagt, seit Ende 1935 an Bedeutung für den Bestand des Ev. Frauenwerks und der Frauenhilfe. Dafür hatte man sich in den folgenden Jahren mit dem zunehmenden Druck aus Staatsapparat und Partei auseinandersetzen, der vor allem an der ‚Basis‘ spürbar wurde und sich häufig auf Dinge bezog, die aus heutiger Sicht als Nebensächlichkeiten erscheinen mögen, die damals aber die praktische Arbeit der Vereine einschneidend behinderten. Betroffen waren in Westfalen in erster Linie die Frauenhilfen des Ruhrgebiets; Ausflüge, Jahresfeste und gesellige Veranstaltungen wurden an einzelnen Orten verboten oder mit schikanösen Auflagen

<sup>137</sup> *Gesetzblatt der DEK* 1936, Nr. 18, S. 73.

<sup>138</sup> Dafür drei Beispiele: In einer Art ‚konzentrierten Briefaktion‘ forderten die Vertreter von 17 westf. Frauendienstgruppen Anfang Februar 1936 den Reichskirchenausschuß auf, Hermenaus im Amt zu belassen und den Frauendienst bei Verhandlungen dem Ev. Frauenwerk gleichzustellen. Ähnliche Schreiben gingen an den Reichskirchenminister Kerrl; *EZA C* 3/185. – Am 10. Februar fuhr Frau Liebe-Harkort mit einer Delegation von 13 westfälischen Frauen nach Berlin zur Reichsführerin der NS-Frauensschaft, Gertrud Scholz-Klink, und bat um Unterstützung für den Frauendienst, die ihr auch zugesagt wurde. Vgl. Beckmann (Hrsg.), *Briefe zur Lage*, Nr. 53, S. 617f. – Am 14. Mai schließlich schickte eine Konferenz von Frauendienstleiterinnen aus mehreren Ländern, die in Hagen tagte, ein Telegramm an den Reichskirchenausschuß, in dem um Aufhebung des Frauendienst-Verbotes in Hessen-Nassau, Hannover und Sachsen gebeten wurde; *EZA C* 3/186.

<sup>139</sup> So der Leiter der Reichsbewegung Deutsche Christen, Wilhelm Rehm, in einer Mitteilung von 13. 8. 1936 an den Vorsitzenden des Reichskirchenausschusses, Wilhelm Zoellner; *EZA C* 3/185. Vgl. a. Kurt Meier, *Die Deutschen Christen*, Göttingen 1964, 355. – Am 7. 10. 1936 fragte das Konsistorium Münster in Soest an, welche Folgerungen der westf. Frauendienst aus diesem Schritt Hermenaus gezogen habe; die Antwort P. Basterts vom 17. 10. war ausweichend: Näheres könne man noch nicht sagen; es stehe aber fest, daß am 26. 9. eine Tagung des Frauendienstes unter Leitung von Frau Liebe-Harkort in Anwesenheit Hermenaus stattgefunden habe; allerdings gingen nicht alle Pfarrer des Frauendienstes den neuen Kurs mit; *LKABi*, Best. 13, 1 Nr. 20 Fasc. 87. – Dessen ungeachtet konnte sich der Frauendienst unter Hermenaus bis Kriegsende halten; nach dem Scheitern des Reichskirchenausschusses wurde er von den meisten Landeskirchen und vom preußischen Ev. Oberkirchenrat finanziell geringfügig unterstützt; vgl. *EZA EOK Gen. XII-194-I*.

<sup>140</sup> Diese wie auch andere, die gesamte kirchliche Frauenarbeit im Dritten Reich betreffenden Fragen wird der Verfasser demnächst an anderer Stelle behandeln.

versehen<sup>141</sup>. Begründungen für diese Repressalien verweigerten die betreffenden Gestapodienststellen oder wichen auf sehr allgemein gehaltene Formulierungen aus. So wurde etwa erklärt, das „geschlossene Auftreten konfessioneller Vereine in der Öffentlichkeit“ sei nicht statthaft; Frauenhilfsarbeit habe sich „auf die religiöse Betreuung in kirchlichen Räumen zu beschränken“. Das bedeutete dann auch die Sperrung anderer oft seit Jahrzehnten genutzter Versammlungslokale, obwohl in ländlichen Außenbezirken Gemeindehäuser und Kirchen oft weit entfernt lagen. Das gelegentliche Verbot harmloser Ausflugsfahrten und die stellenweise rigoros überwachte Anweisung, selbst in gemeindeeigenen Räumen keine Erfrischungen zu reichen, lassen die Zielrichtung dieser als Willkürakte empfundenen Auflagen erkennen: NS-Frauenschaft, NS-Volkspflege, Partei und Gestapo wollten die von Beginn an mit sozialem Engagement und ihrem damit zusammenhängenden Anspruch, öffentlich zu wirken, beschneiden und die Vereine auf das Niveau erbaulicher religiöser Zirkel zurückdrängen. Damit aber wurde das Selbstverständnis der Frauenhilfe im Kern getroffen; außerdem legten viele Mitglieder gerade auf die gesellige Komponente großen Wert. Wären die Zwangsmaßnahmen der Gestapo in Westfalen und im Reich überall konsequent durchgeführt worden, hätte sich nicht nur der Charakter dieser kirchlichen Frauenarbeit grundlegend geändert – die Frauenhilfe wäre als gesellschaftlicher Faktor von einigem Gewicht zumindest innerhalb des evangelischen Deutschland ausgeschaltet worden, und genau das dürfte der Absicht des Regimes entsprochen haben.

Warum es dazu auch in Westfalen nicht kam, wird auf recht unterschiedliche Faktoren zurückgeführt werden müssen. Die Quellen sagen darüber wenig aus; es lassen sich jedoch mindestens vier Gründe denken, weshalb die Entwicklung nicht anders verlief: Da war zunächst das unkoordinierte Vorgehen der Politischen Polizei, die offenbar interpretationsfähige Anweisungen erhalten hatte und vielfach auf persönliche Intervention der betroffenen Frauenhilfspfarrer in Teilbereichen Zugeständnisse machte. Ferner gab es Rivalitäten zwischen den NS-Organisationen wie Frauenschaft und Volkspflege, die durch das eigenmächtige Vorgehen der jeweils unteren Instanzen bis auf Ortsebene noch verschärft wurden. Man war sich selten einig über die richtige Einschätzung kirchlicher Frauenarbeit und versuchte oft nur dort einzugreifen, wo die eigene Tätigkeit mit der Frauenhilfsarbeit zu kollidieren schien<sup>142</sup>. Andererseits existierte das Frauenwerk der DEK fort und repräsentierte nach dem Scheitern des Frauendienstes dieses Feld kirchlicher Wirksamkeit allein.

<sup>141</sup> Zum Folgenden vgl. *LKABi*, Best. 13, 1 Nr. 20 Fasc. 11, 99 und 109.

<sup>142</sup> Material über die von der Frauenhilfe an sich bejahte, sich mitunter jedoch äußerst schwierig gestaltende Zusammenarbeit mit der NSV enthält Fasc. 100, a. a. O.

Die Mitgliederentwicklung der Westfälischen Frauenhilfe 1906–1953

	Westfälische Frauenhilfe		Reichsfrauenhilfe	
	Einzelvereine	Mitglieder	Einzelvereine	Mitglieder
1906	75			
1907	120			
1908	154	21 000		
1909	252	30 000		
1910	303	39 105	1 800	
1911	355	48 000	2 100	
1912	400	52 000		
1913	425	57 000		
1914	452	65 853		
1915	503	78 328	3 000	
1917	550	90 000		
1919	571	95 000	3 700	ca. 5–600 000
1921	587	100 000		
1922	615	110 000	3 988	ca. 600 000
1926	671	130 000		
1929	721	146 000		
1928	692	151 000		
1929	705	151 000	5 138	ca. 6 000 000
1931	723	160 000		
1937	765	166 000	(Frauenwerk der DEK) ca. 2 Mio.	
1953	1 200	200 000		

Durch ein gut funktionierendes Informationssystem wurden die Verantwortlichen in Frauenwerk und Reichskirche über Schwierigkeiten der Vereine mit der Gestapo ständig unterrichtet und konnten mit Hilfe ihrer Verbindung zu den Berliner Ministerien manche Repressalien rückgängig machen oder wenigstens abmildern. Nicht unterschätzen sollte man schließlich das kluge Taktieren der Frauenhilfen ‚vor Ort‘ und der hinter ihnen stehenden Männer und Frauen der Provinzialverbände. Zumal nach

dem faktischen Ende des DC-Kirchenregiments gelang es ihnen häufig, im Einvernehmen mit den Konsistorien das Schlimmste zu verhüten. In Westfalen setzte Hermann Bastert<sup>143</sup> seit 1935 die Linie seines Vorgängers Johanneswerth<sup>144</sup> energisch fort. Im guten Einvernehmen mit den Beauftragten für die Frauenarbeit in Münster, den Konsistorialräten Martin Stallmann und dann besonders Rudolf Hardt<sup>145</sup>, gelang es Bastert und seinem Stellvertreter Ewald Keune in den späten 1930er Jahren, während und über den Krieg hinaus, die Arbeitsfelder der Westfälischen Frauenhilfe im wesentlichen zu behaupten.

<sup>143</sup> Hermann Bastert wurde am 11. 10. 1935 in Soest eingeführt; er bekleidete das Amt des Geschäftsführers in der WFH bis 1962; vgl. Bauks, Nr. 278 und *LKABi*, Best. 13, 1 Nr. 20 Fasc. 77.

<sup>144</sup> Pastor Johanneswerth, der ‚Vater der WFH‘, wie er oft genannt wurde, starb am 22. 7. 1937. Fast 90 westf. Pfarrer geleiteten den Trauerzug; für den erkrankten Präses Koch sprach Ludwig Steil vom westf. Bruderrat am Grabe, während Generalsuperintendent Weirich die Traueransprache hielt; Fasc. 80, a. a. O.

<sup>145</sup> Dazu besonders Fasc. 87, a. a. O.